

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 22



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 19. 12. 1989

WORT UND WIDERWORT

Wie offen ist die deutsche Frage zum Jahreswechsel 1989/90?

Die „von uns“ gewünschte deutsche Einheit werde nur in einem europäischen Integrationsprozeß möglich werden. Auf die deutsche Frage könne es nur die europäische Antwort geben. Vor der Einheit der Deutschen dürfe und brauche sich kein europäisches Land zu fürchten. Das künftige Europa werde und solle ein Europa der Regionen sein, das nationalstaatliches Denken überwinde. Diese Feststellung trifft der SPD-Abgeordnete **Jürgen Büssow**. Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dr. Bernhard Worms** unterstreicht, selbstverständlich lasse sich die Einheit Deutschlands nicht im Hau-Ruck-Verfahren herstellen. Die 10-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers weise hier einen Weg, der sich durch Realitäts-sinn, Augenmaß und Mut auszeichne. Selbstverständlich bedürfe es dabei der Verständigung mit Nachbarn und Verbündeten. Es könne auch keine Lösung geben außerhalb des europäischen Einigungsprozesses und außerhalb des Bündnisses. Der F.D.P.-Abgeordnete Fraktionsvorsitzende **Dr. Achim Rohde** erklärt, mit besonderem Nachdruck betone die F.D.P., daß der Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten nur im Rahmen eines umfassenden europäischen Integrationsprozesses gelingen könne. Denn nicht nur Deutschland, auch Europa sei geteilt. Für die Bundesrepublik müsse die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als Kernelement der sich entwickelnden europäischen Friedensordnung Grundlage auch der innerdeutschen Politik bleiben. (Seite 2)

Deutschlandpolitik bestimmt dritte Lesung des Etats Millionen für Soforthilfeprogramm

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will zehn Millionen Mark für die medizinische Versorgung in der DDR in einem Soforthilfeprogramm zur Verfügung stellen. Diesen Beschluß teilte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) während der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 1990 mit.

Medikamente und andere medizinische Hilfsgüter im Wert bis zu drei Millionen Mark sollen bereits vor Weihnachten auf den Weg nach Leipzig und zu anderen Zielen in Sachsen gehen. Insgesamt stehen aus dem Haushalt des Ministerpräsidenten 20 Millionen Mark für unmittelbare Hilfen an die DDR zur Verfügung.

In der weitgehend von der Deutschlandpolitik geprägten Aussprache forderte SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann, zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein System fester Wechselkurse einzuführen. Er berief sich dabei auf den seit Jahrzehnten garantierten Wechselkurs zwischen der Bundesrepublik und Österreich.

Von den Oppositionsfraktionen wurde die SPD wegen ihrer Deutschlandpolitik angegriffen. Die Abgeordnete Christa Thoben

meinte, den Sozialdemokraten sei kein Mittel zu schade, ihre Irrwege in der Deutschlandpolitik zu übertünchen. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde forderte die SPD auf, auf Distanz zum Sozialismus zu gehen. (Seite 3)

Die Woche im Landtag

Einzelpläne

Der Landtag hat in zweiter Lesung die Beratung der Einzelpläne im Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 abgeschlossen.

(Seite 6)

Programmviefalt

Der Satellitenfernseh-Staatsvertrag sichert für das Fernsehland NRW und die Programmviefalt in Deutschland eine wichtige Option.

(Seite 10)

Verfassungsgericht

In zweiter Lesung ist das Verfassungsgerichtshofgesetz verabschiedet worden, das den Rang dieses Gerichts heraushebt.

(Seite 11)

Fremdenverkehr

Fremdenverkehr hat ökonomische Bedeutung. Der Einklang mit Heimat und Natur darf jedoch nicht verlorengehen.

(Seite 11)

Qualifizierung

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag darüber debattiert, ob auf Arbeitslose Zwang zur Fort- und Weiterbildung ausgeübt werden soll.

(Seite 12)

Hilfskasse

Das Bergbauhilfsgesetz bildet die rechtliche Grundlage für die einzige noch bestehende Hilfskasse, die Westfälische Berggewerkschaftskasse in Bochum.

(Seite 15/16)



Neues aus der Zwillingforschung

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Deutsche Einheit nur in europäischem Integrationsprozeß

Von
Jürgen Büssow

Die Deutschlandpolitik ist nach der Öffnung der Grenzen in der praktischen Anwendung eine Ländersache geworden. In der heutigen Lage sind direkte Kontakte zwischen den Ländern der Bundesrepublik und den Verwaltungsbezirken der DDR, zwischen Städten hüben und drüben unerlässlich. Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR richtet sich gegen die Vorherrschaft der SED: Die Demonstrationsrevolution ist eine politische Emanzipationsbewegung für politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit und Selbstbestimmung. Die Achtung und der Respekt vor dem Mut der Menschen in Leipzig, Berlin, Dresden und anderen Städten in der DDR bedeutet für uns in der Bundesrepublik die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in der DDR. Unsere Hilfen dürfen deshalb nicht an ordnungspolitische Vorbedingungen geknüpft werden. Die Frage, für welches gesellschaftspolitische Modell sich die Bevölkerung der DDR entscheidet, müssen die Deutschen drüben frei entscheiden können. Die von uns gewünschte deutsche Einheit wird jedoch nur in einem europäischen Integrationsprozeß möglich werden. Auf die deutsche Frage kann es nur die europäi-

SPD: Die deutsche Frage bedarf einer europäischen Antwort

sche Antwort geben. Vor der Einheit der Deutschen braucht sich kein europäisches Land zu fürchten. Das künftige Europa wird und soll ein Europa der Regionen sein, das nationalstaatliches Denken überwindet. Voraussetzung für ein friedliches Zusammenwachsen Europas ist und bleibt auch die Anerkennung der heutigen polnischen Grenzen durch die Deutschen. Die Westgrenze Polens darf nicht in Frage gestellt werden.

Wichtig sind jetzt konkrete Verbesserungen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lage in der DDR. Nur wenn die Menschen in der DDR eine faßbare und zeitlich überschaubare Perspektive bekommen, werden sie einen Sinn darin sehen, ihre Lebenssituation in ihrem Land zu verbessern. Die Bundesregierung, die Länder und die Gemeinden der Bundesrepublik müssen dabei helfen, daß sich die Lebensbedingungen in der DDR zum Guten wenden. Den Übersiedlern in der Bundesrepublik wollen wir helfen, sich bei uns einzuleben, ohne zu vergessen, daß auch in unserem Land viele Menschen der Hilfe bedürfen. Bei uns gibt es noch immer Arbeitslosigkeit und akute Wohnungsnot in Ballungsgebieten. Die Bundesregierung bleibt hier in der Verantwortung.

Von
Dr. Bernhard Worms

In Deutschland hat sich in den letzten Wochen eine atemberaubende Entwicklung vollzogen: Die Deutschen in der DDR haben mit einer machtvollen, friedlichen Demonstration ihres Willens zur Freiheit und zur Selbstbestimmung die abgewirtschaftete sozialistische Ordnung beiseite gefegt. Der Freiheitsdrang der Völker Osteuropas, der Wille der sowjetischen Führungsmacht zu Zusammenarbeit und Abrüstung eröffnen eine neue Dimension des Denkens, in der die Überwindung der Teilung Deutschlands als Folge der Teilung der Welt in zwei Blöcke in überschaubarer Zeit möglich erscheint. Die deutsche Frage ist von den Bürgern der DDR unversehens wieder mit aller Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der unbestrittene Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts aller Völker verlangt nach einer Antwort auch für das geteilte Deutschland. Über den Zeitpunkt zu spekulieren, in dem die Einheit Deutschlands hergestellt werden kann, macht dabei heute wenig Sinn. Wir sind aber bereits heute dazu aufgerufen, uns zur Einheit zu bekennen.

CDU: Durch Selbstbestimmung zur Einheit in Frieden und Freiheit

Wir hoffen und glauben auch, daß unsere deutschen Landsleute in der DDR die Einheit wollen, daß sie sich in freier Selbstbestimmung dafür aussprechen. Wir sind der Überzeugung, daß die Existenzberechtigung für die DDR entfällt, wenn sie sich nicht mehr als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik versteht.

Selbstverständlich läßt sich die Einheit Deutschlands nicht im Hau-Ruck-Verfahren herstellen. Die 10-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers weist uns hier einen Weg, der sich durch Realitätssinn, Augenmaß und Mut auszeichnet. Selbstverständlich bedarf es dabei der Verständigung mit unseren Nachbarn und Verbündeten. Es kann auch keine Lösung geben außerhalb des europäischen Einigungsprozesses und außerhalb des Bündnisses.

Die Deutschen haben noch einen langen Weg vor sich und es wird noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Bis durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Einheit in Frieden und Freiheit vollendet ist, haben wir die Pflicht, den Menschen in der DDR zu helfen. Denen, die zu uns kommen wollen, dürfen wir keine neuen Mauern in den Weg stellen.

Von
Dr. Achim Rohde

Der revolutionäre Umgestaltungsprozeß in der DDR ist getragen von der Sehnsucht unserer Landsleute in der DDR nach einer freiheitlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, nach der Beendigung staatlicher Bevormundung und der Garantie von Bürgerrechten. Der Reformprozeß hat aber auch deutlich werden lassen, daß die deutsche Nation als Einheit trotz Jahrzehnten staatlicher Teilung weiterbesteht. Im Herzen der Menschen hat das deutsche Nationalgefühl weitergelebt. Deutschland, einig Vaterland skandieren viele Bürger in Ost und West. Was für alle Völker dieser Welt gilt, nehmen auch wir Deutsche für uns in Anspruch. Deshalb tritt die F.D.P. für das Recht der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR ein, in freier Selbstbestimmung die staatliche Einheit wiederzuerlangen.

Dies wird nicht in nächster Zukunft und nicht in einem Schritt zu erreichen sein, sondern nur in einem Prozeß kleiner Schritte, über gemeinsame Ausschüsse und über konföderative Strukturen, wie sie in dem 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers dargestellt sind.

Mit besonderem Nachdruck betont die F.D.P., daß dieser Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten

F.D.P.: Deutsche Einheit in einem freien Europa

nur im Rahmen eines umfassenden europäischen Integrationsprozesses gelingen kann. Denn nicht nur Deutschland, auch Europa ist geteilt. Für die Bundesrepublik muß die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als Kernelement der sich entwickelnden europäischen Friedensordnung Grundlage auch der innerdeutschen Politik bleiben.

Die liberale Außen- und Deutschlandpolitik

- des Dialogs und der Verträge mit dem Osten,
- der Menschen- und Bürgerrechte im KSZE-Prozeß,
- der beiderseitigen ausgewogenen Abrüstung
- und der europäischen Integration

stellt ein zusammenhängendes, integriertes Konzept dar, mit dem die entscheidenden Schritte zur europäischen Friedensordnung und zur deutschen Selbstbestimmung eingeleitet wurden. Nur auf diesem Weg ist das Ziel der deutschen Einheit zu erreichen.

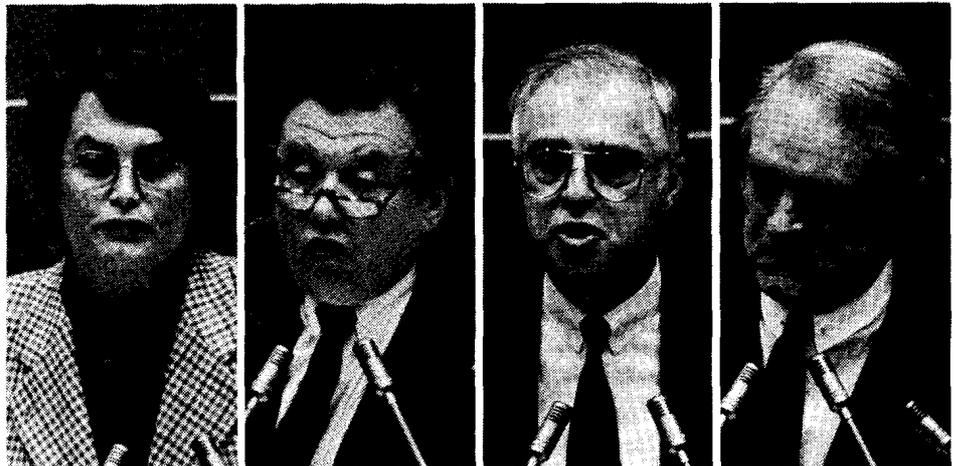
Dazu brauchen wir das Vertrauen unserer Partner und Nachbarn in West und Ost. Deshalb erkennen wir ohne Einschränkung das Recht des polnischen Volkes an, in sicheren Grenzen zu leben, die weder jetzt noch in Zukunft von uns Deutschen durch Gebietsansprüche in Frage gestellt werden dürfen.

Der Landtag hat das Haushaltsgesetz 1990 im Entwurf der Landesregierung nach den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses mit Ergänzungen sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz — GFG 1990 in dritter Lesung gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. verabschiedet (Drs. 10/4940 und 10/4942). Der Etat beläuft sich auf 67,348 Milliarden Mark gegenüber 63,943 Milliarden Mark im Jahr 1989 und weist damit eine Steigerung um 5,3 Prozent aus. Die Gemeindefinanzierung steigt um neun Prozent gegenüber dem Haushalt 1989 an. Die Neuverschuldung soll 1990 über 5,3 Milliarden Mark betragen. Bei der Aussprache in dritter Lesung standen die aktuelle Deutschlandpolitik, aber auch deutliche Kritik der Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. an SPD-Mehrheit und Landesregierung im Mittelpunkt. In wichtigen Fragen werde der Grundkonsens verlassen, meinte die CDU-Abgeordnete Christa Thoben und der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde stellte die Frage, wo die demokratische Kultur geblieben sei. SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann hingegen vermißte bei den Haushaltslesungen die konstruktiven Alternativen der Opposition. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) ging ausführlich auf die Deutschlandpolitik ein. Wichtiger als alle Diskussionen und als alle Papiere sei jetzt praktisches Handeln im Interesse der Menschen. In einer gemeinsamen Entschließung, die auf Seite 5 im Wortlaut wiedergegeben ist, bekannten sich die drei Fraktionen zu einem demokratischen Deutschland in einem demokratischen Europa. Bei namentlichem Aufruf stimmten 180 Abgeordnete dem Antrag zu, drei votierten mit Nein, vier enthielten sich.

Christa Thoben (CDU) sagte, der Siegeszug des Freiheitsgedankens im Ostblock bleibe nicht ohne Konsequenzen für den Haushalt des Landes. Fraktionen und Regierung hätten Ideen für schnelle Hilfsmaßnahmen beigesteuert. Das Tempo der Demokratisierung in der DDR sei atemberaubend: von Demonstrationen über Abrechnung mit der SED zur eigenen Willensbildung. Die Besonnenheit der DDR-Bürger sei zu bewundern. Das Staatswesen habe ohne die Klammer des (gescheiterten) Sozialismus keinen Sinn. Zwischen Teilen der SPD und Wortführern in der DDR gebe es einen Gleichklang, die Einheit auf der Basis unserer Ordnung sei ihnen ein Greuel. Die CDU stehe zu unserem demokratischen Rechtsstaat und zur sozialen Marktwirtschaft mit dem eindrucksvollen System sozialer Sicherheit. Die Reformgruppen aus der DDR hätten die Nase voll vom Sozialismus und weiteren Experimenten. In der DDR müsse ein echter Neuanfang gemacht werden, mit einer neuen Spielart des abgewirtschafteten Sozialismus ließen sich Freiheit und Wohlstand nicht erreichen. Die CDU setze jedem Modell staatlicher Gängelung die Idee von der verantwortlichen Freiheit entgegen. Der eigenverantwortliche einzelne sei nötig, um auch den Schwachen umfassend zu helfen. „Es ist unsere tiefe Überzeugung“, sagte die Rednerin, daß der Staat nur dienende Funktion hat.“ Die

67-Milliarden-Etat verabschiedet — Hilfe für DDR Gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik

Rau: Wichtiger als Diskussionen und Papiere ist jetzt praktisches Handeln im Interesse der Menschen



Politische Kontroverse: v. l. Christa Thoben (CDU), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schüller

Schule müsse zu Toleranz und Achtung vor Mitmenschen und deren Eigentum erziehen. Leistungsbereitschaft, Disziplin, Fleiß, Optimismus müßten vermittelt werden. Das seien keine Sekundärtugenden. In wichtigen Feldern der Landespolitik tauche der Ministerpräsident weg und überlasse das Feld linken Ideologen in der SPD. Für diese sei die Familie nur eine der vielen Formen des Zusammenlebens. Alte und Pflegebedürftige müßten nach den Vorstellungen der CDU solange als möglich in der Familie bleiben können. Dafür müßten bessere Bedingungen geschaffen werden, etwa ambulante Pflegeplätze und die Berücksichtigung der Pflege bei der Rente. Für junge Familien fehlten landesweit 100000 Kindergartenplätze. Gegen Drogensucht werde nicht genug getan. Aktive Sozialpolitik brauche

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein glückliches Jahr 1990.

Geld. Sprudelnde Steuereinnahmen, ein nicht mehr für möglich gehaltenes Wirtschaftswachstum, nie gekannter Wohlstand widerlegten sozialistische Utopien. Der Bericht der Mikat-Kommission zeige eindrucksvoll die Schwachstellen in vielen Bereichen auf. Der Wirtschaftsminister habe seine Zuständigkeiten an Staatskanzlei, WestLB, Verkehrsminister und Finanzminister abgegeben. Am Haushalt werde deutlich, wie er übergangen werde. Arroganz der Macht und Mißachtung fragender Abgeordneter seien unerträglich. Beiträge der Opposition würden nur noch als lästige Pflichtübung betrachtet. Der Grundkonsens in wichtigen Fragen werde verlassen. Landesrundfunkgesetz, Einheitsschule, der Versuch, das kommunale Wahlrecht für Ausländer einzuführen,

zeigten, daß Staat und Partei nicht mehr deutlich genug getrennt würden. Die Abgeordnete schloß mit dem Satz: „40 Jahre real existierender Sozialismus in der DDR sind mehr als genug; 20 Jahre SPD, davon zehn Jahre mit absoluter Mehrheit, auch.“

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, vermißte bei dieser wie schon bei den vorangegangenen Haushaltslesungen der letzten Jahre konstruktive Alternativen der Opposition. Sie habe sich vielmehr auf das Schlechtmachen des Landes beschränkt und dabei übersehen, daß in NRW die Herausforderung des Strukturwandels mit Erfolg und sozial verträglich angegangen worden ist: „NRW ist heute eine Zukunftswerkstatt für neue Technologien und kein Schrotthaufen und kein Entwicklungsland.“ Alle Zahlen belegten, daß der Aufbruch aus eigener Kraft gelungen sei — „NRW bleibt das wirtschaftliche Herz der Bundesrepublik, es bleibt die Drehscheibe im europäischen Binnenmarkt“. In den Steigerungsraten von Industrieproduktion und Arbeitsproduktivität liege man deutlich über dem Bundesdurchschnitt, trotz der Montanlasten habe man aufgeholt und den Bundesdurchschnitt inzwischen überholt. NRW setze auf Zukunftstechnologien, dazu gehöre aber nicht die Kernenergie, stellte der Fraktionsvorsitzende fest und hielt der CDU vor, sie habe immer aufs falsche Pferd gesetzt, dagegen sei der Kurs der Landesregierung glänzend bestätigt worden. In der Schulpolitik warf er der CDU vor, sie informiere aus Gründen der parteipolitischen Agitation ihre Mandatsträger vor Ort ständig falsch und führe sie hinter Licht, etwa in der Frage der Gesamtschule. „Die SPD in NRW will die Gesamtschule als weiteres, zusätzliches Angebot, und abschließlich der Elternwille entscheidet, welche Kinder zu welchen Schulen gehen“, umriß er den Standpunkt seiner Partei. Eine Opposition dagegen, die mit ihren Veröffentlichungen „Gift in die Herzen und Ohren der

Bürger“ trüfele, die verfehle ihre Aufgabe und sei auch nicht zur Regierung geeignet. Mit allem Nachdruck wies er die Behauptungen zurück, die Deutschlandpolitik der SPD sei gescheitert und der Sozialismus am Ende. Im Gegenteil, diese Politik sei durch die Ereignisse „in vollem Umfang in atemberaubendem Tempo bestätigt worden“. Diese Politik habe erst die Voraussetzungen für das geschaffen, was die Menschen heute in der DDR an Freiheit genießen könnten. Wer bei der Vereinbarung zwischen SPD und SED von einem „Schandpapier“ rede, das zurückgezogen werden müsse, der habe es überhaupt nicht gelesen. Das Papier habe hervorragende Dienste geleistet und sei heute weitgehend erledigt. Scharf wandte er sich gegen die Gleichsetzung von Sozialismus und Kommunismus und erinnerte in diesem Zusammenhang die CDU an ihre eigene Geschichte, in der sie vom Zusammenbruch des Kapitalismus gesprochen und festgestellt habe: „Der demokratische Sozialismus ist nicht tot.“ Als Hilfe für die DDR regte Farthmann an, die Bundesbank solle ähnlich wie gegenüber Österreich der DDR einen festen Wechselkurs gegenüber der D-Mark garantieren, der könne etwa bei 5:1 liegen. Dann wäre die DDR in der Lage, ihre Ost-Mark konvertierbar zu machen und auf dem Weltmarkt einzukaufen. Wenn dieser Wechselkurs etwas zu günstig läge, dann sollte man lieber die Bundesbankgewinne „dazubuttern“, als sie dem Bundeshaushalt zuzuführen.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, sagte, was die konstruktiven Vorschläge der Opposition angehe, wolle er einige nennen: Haushaltssanierung, fairer Wettbewerb für Schulen, Marktwirtschaft mit Anerkennung der sozialen Rolle des Unternehmers, Trennung von Staat und Partei, Chancengleichheit für alle Regionen, Abbau von Unterrichtsausfall, Hochschule, innere Sicherheit. Alle Anträge, die die Opposition gestellt habe, seien von der Mehrheit „abgebügelt“ worden. Nordrhein-Westfalen habe wieder Anschluß gewonnen, aber die Rahmenbedingungen, insbesondere Wirtschaftswachstum oder Steuerquellen, seien in erster Linie in Bonn hergestellt worden und zwar gegen den Widerstand der SPD. „Nordrhein-Westfalen ist nicht die SPD allein“, meinte Rohde. Er stellte die Frage, wie es eigentlich um die demokratische Kultur in NRW bestellt sei. Wie sehe die demokratische Kultur aus, wenn der WDR, ein Rundfunksender des Landes, nicht der einer

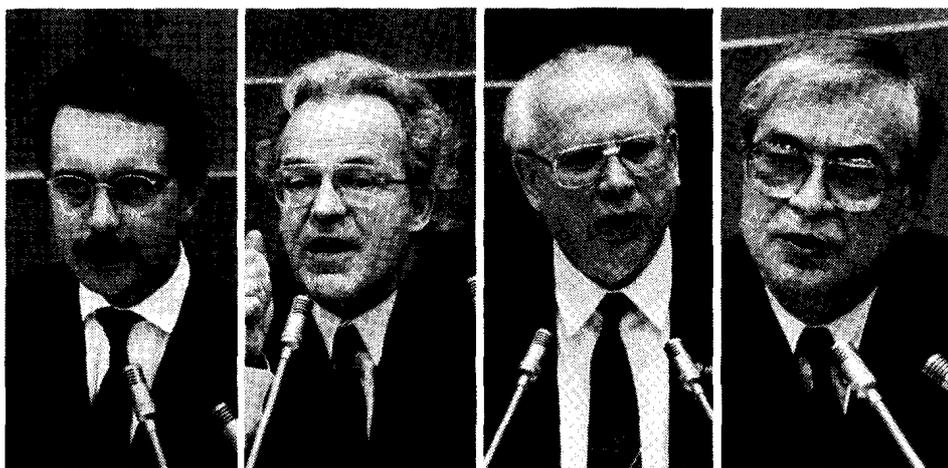
Partei, jede Stimme der Opposition in der DDR registriere, die freigewählten Oppositionsfraktionen im Landtag von NRW aber verschweige. „Auch wir vertreten die Interessen, die Wünsche, die Forderungen der Bürger unseres Landes“, betonte der Fraktionschef. Auch die SPD habe nur ein Mandat auf Zeit. Keine Mehrheit in einer Demokratie habe das Recht, sich der streitigen parlamentarischen Auseinandersetzung zu entziehen. Ein Parlament, in dem Mehrheitsfraktion und Regierung ständig mehr als doppelt soviel reden dürfe wie die Opposition, sei kein Parlament, wie es die Verfassung vorsehe. Je länger die SPD mit absoluter Mehrheit regiere, bestehe die Gefahr, daß das parlamentarische System immer mehr seine Kontrollfunktion und seine eigenständige Gestaltungsfunktion verliere. Er stellte dann die Frage an die SPD, warum sie nicht einfach sage: Wir sind Sozialdemokraten. Das sage sie nicht, sondern, sie seien demokratische Sozialisten. Man gehe davon aus, daß die SPD noch irgendwelchen Träumen von Sozialismus anhängt. Zur humanitären Hilfe für die DDR sagte Rohde, es bestehe Gefahr, daß die vielen Hilfen nicht systematisch gegeben würden. Er glaube, es sei notwendig, daß sich das Land NRW einbinde in gemeinsame Hilfsoperationen und -aktionen der Bundesländer, abgestimmt mit der Bundesregierung. Was die Hilfen angeht, sage die F.D.P., nur eine wirtschaftlich starke Bundesrepublik sei in der Lage, der DDR wirksam zu helfen.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) nannte den Schlußsatz der CDU-Abgeordneten Thoben „ungeheuerlich“: Wer diese Gedankenverbindung für zulässig halte, mit dem möchte er keine politische Gemeinschaft und Gemeinsamkeit. Solange darauf verzichtet werde, die Sozialdemokratie in einen Topf mit totalitären Systemen oder Anhängern totalitärer Systeme zu werfen, sei er zu fairem Wettbewerb bereit, betonte der Ministerpräsident. Was Frau Thoben dargestellt habe, das habe nichts mit sozialdemokratischer Politik und der Wirklichkeit des Landes NRW zu tun. In der Deutschlandpolitik richtete Rau die Aufmerksamkeit auf soziale Dimension in der DDR und in der Bundesrepublik. Der Vorrang müsse bei der Verbesserung in der wirtschaftlichen und sozialen Situation in der DDR liegen, „aber wer kommt, der wird nicht ausgesperrt, wer kommt, ist herzlich willkommen“. Damit das Hinüber und Herüber möglich sei, müsse man zu vertraglichen Regelungen, etwa

über die Rentensysteme, kommen. Die SED müßte die Zwangsvereinigung von 1948 annullieren, daneben müßten alle politischen Gefangenen freigelassen, rehabilitiert und entschädigt werden. „Aber wichtiger als alle Diskussionen und als alle Papiere ist jetzt praktisches Handeln im Interesse der Menschen“, fuhr der Ministerpräsident fort und nannte einige der Initiativen, die von NRW aus bereits unternommen worden sind. Zudem regte er an, im Januar unter Leitung der Kirchen einen Runden Tisch in Leipzig einzurichten. Die zwölf nordrhein-westfälischen Städte, die bereits Partnerschaften mit der DDR haben oder dabei sind, solche abzuschließen, rief er nachdrücklich auf, „alles zu unternehmen, damit sie ihren Partnerstädten helfen können“. Rau: „Ich ermutige zu weiteren Partnerschaften“; Deutschlandpolitik werde regelmäßiger Tagesordnungspunkt in jeder Kabinettsitzung sein, „weil wir nicht mehr bloß reden dürfen, sondern weil Handeln gefragt ist und weil ein Wettbewerb des Handeins gut ist“.

Hartmut Schauerte (CDU) verlangte ebenfalls von der SPD, sie solle sich vom Deutschlandpapier distanzieren: „Die Zeit der SED ist abgelaufen. Diese Art von Koexistenz ist Gott sei Dank nicht mehr nötig.“ Wenn die SPD versuche und der Meinung sei, man müßte Elemente des Sozialismus retten, dann sage er mit aller Deutlichkeit: „Wer den Sozialismus in der DDR retten will, wer ein weiteres sozialistisches Experiment den Bürgern der DDR zumutet, der mischt sich ein, der bevormundet und der erhöht den Ausreisepressure auf Dauer.“ Den Etat des Landes bezeichnete er als „verantwortungslosen Wahlkampfhaushalt, der mit kreditfinanzierten Wahlgeschenken der SPD vor dem sich abzeichnenden Verlust der absoluten Mehrheit bewahren soll“. So mache der Finanzminister im kommenden Jahr 2,3 Milliarden Mark mehr Schulden als 1989, das sei ein schlimmer Beweis seiner Untüchtigkeit, er habe auf der ganzen Linie versagt, „und die Ausgabenseite bedenkenlos seiner SPD-Fraktion zum Zwecke der Selbstbedienung überlassen“. Nur ein Drittel der Steuermehreinnahmen werde zur Rückführung der Neuverschuldung verwandt, das sei gegen die Zusage, die Schleußer dem Parlament gegeben habe. Die CDU werfe dem Landeshaushalt vor, daß die Ausgaben zu stark und unverantwortlich steigen, darum könne sie nicht zustimmen.

Reinhold Trinius (SPD) erinnerte an die letzten halbwegs freien Wahlen in der DDR 1946 mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD und folgerte: Die Errichtung des stalinistischen Systems in der DDR setze zwingend die Vernichtung der Sozialdemokratie voraus. Die Zahl verfolgter Sozialdemokraten sei erschreckend hoch. Aus dem SPD-SED-Papier zitierte der Redner: die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, Erfolge und Mißerfolge, müsse möglich sein. Es sei der SPD also gelungen, die SED öffentlich auf freie Diskussion festzulegen. In dem Papier sei auch von den inneren Kräften die Rede, die zu Reformen führen könnten. Zum gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. bezweifelte er, ob von einem starken Deutschland in einem starken Europa die Rede sein müsse. Ferner sei zu fragen, warum sich die CDU nicht in das schwierige Fahrwasser von Gesprächen mit der Ost-CDU begeben habe. Unklare Aus-



Politik im Widerstreit: v. l. Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Wolfram Dorn (F.D.P.) und Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).
Fotos: Schüler

sagen zur Westgrenze von Polen gefährdeten die Reformen.

Wolfram Dorn (F.D.P.) gab zu, daß die Ostpolitik der SPD ein entscheidender Faktor gewesen sei, die Dinge in Bewegung zu bringen. Anfangs seien die Sozialdemokraten in Bonn von der F.D.P. nur schwer dazu zu bringen gewesen. Bei der Frage der Staatsbürgerschaft habe er in Erfurt damals die bis heute gültige Position vertreten. Die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft habe sich als geschichtlich bedeutsam erwiesen. Der Sozialismus habe viele Väter. Die Zeit des liberalen Kapitalismus mit Monopolmacht sei zu Ende, zitierte er den früheren NRW-Ministerpräsidenten Arnold 1947. Zum Glück werde bis heute die soziale Marktwirtschaft realisiert. Die Streichung des Sozialisierungsgebots in der Verfassung werde vielleicht in der DDR eher wahr. Am Haushaltsentwurf kritisierte er vor allem die hohe Verschuldung. Deshalb werde die F.D.P. den Entwurf auch ablehnen.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) erläuterte zu dem Vorwurf, die Opposition habe keine konstruktiven Vorschläge für die Bereiche der Landespolitik vorgelegt, hier irre der Kollege Farthmann. Die CDU habe in den Bereichen der Finanzpolitik, zur Haushaltsstruktur, zur Entbürokratisierung, zur Privatisierung, im Bereich der Energiepolitik, im Bereich der Wissenschaftspolitik, im Bereich der Schulpolitik sowie im Bereich der Inneren Sicherheit Gesetze und Anträge vorgelegt.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) sagte zu, Steuermehreinnahmen zur Verminderung der Nettokreditaufnahme zu nutzen. Die Zinslasten des Bundes seien doppelt so hoch. NRW habe seit 1981 jedes Jahr weniger ausgegeben, als Mehreinnahmen zu verzeichnen gewesen seien. Das sei ein Beleg für soliden Umgang mit Steuermitteln. Bei Transferleistungen des Bundes für die Länder werde nach wie vor kein Land so negativ bedacht wie NRW, belegte der Minister mit Zahlen. Die CDU habe Mehrausgaben in Höhe von 500 Millionen Mark beantragt und wolle das Vermögen des Landes verschleudern, zum Beispiel Geldanlagen bei der WestLB. Mit dem Haushalt würden vor allem die Gemeinden, das breite soziale Feld und das Landespersonal bedient. Er sei solide.

Probleme bei Unterbringung

Die Leute, die auf Schiffen wohnten, seien mit ihrer Unterbringung sehr zufrieden. Er habe sich selbst von der Situation überzeugt. Es sei kein Wort der Kritik gesagt worden. Das berichtete Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann in Beantwortung einer Mündlichen Anfrage des CDU-Abgeordneten Rüdiger Goldmann zur Unterbringung der mitteldeutschen Flüchtlinge auf Rheinschiffen. Der Minister räumte indessen ein, daß man in vielen Einrichtungen mittlerweile Probleme habe. Er mache sich diesbezüglich sehr große Sorgen. Die Probleme existierten übrigens nicht nur in NRW. In Hessen wollten Herbergseltern von Jugendherbergen kündigen, weil sie die Probleme nicht mehr beherrschten. Er befürchte, daß sich die Entwicklung in der nächsten Zeit noch verstärken werde.

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.

Entschließung

Ein demokratisches Deutschland in einem demokratischen Europa

Der Landtag Nordrhein-Westfalen bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Deutschen in diesen Tagen ihren Willen unterstrichen haben, als Volk zusammenzustehen. Die Einheit der deutschen Nation konnte auch durch Jahrzehnte der staatlichen Teilung nicht zerstört werden. Der Landtag Nordrhein-Westfalen sieht in den in der DDR bereits umgesetzten oder noch umzusetzenden politischen Reformen die Voraussetzung für die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes. Die Chance für Selbstbestimmung, für Freiheit und Achtung der Menschenrechte ist auch die Chance dafür, daß das Deutsche Volk — wie es in dem Brief der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Deutschen Einheit vom 21. Dezember 1972 festgelegt ist — „in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

In der heutigen weltgeschichtlichen Situation haben wir gemeinsam anerkannt:

- daß die Politik des Dialogs und der Verträge mit dem Osten,
- daß die Politik der Menschen- und Bürgerrechte im KSZE-Prozeß,
- daß die Politik der beiderseitigen ausgewogenen Abrüstung,
- daß die Politik der europäischen Integration

ein zusammenhängendes, integriertes Konzept darstellen, mit dem die entscheidenden Schritte zur europäischen Friedensordnung und zur deutschen Selbstbestimmung eingeleitet wurden und daß wir nur auf diesem Weg das Ziel der deutschen Einheit erreichen werden.

Der Landtag begrüßt in besonderem Maße

1. das 10-Punkte-Programm der Bundesregierung zur Deutschlandpolitik vom 28. November 1989,
2. den gemeinsam beschlossenen Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland, Drucksache 11/5589 vom 8. November 1989,
3. die Erklärung des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland vor den Vereinten Nationen am 27. September 1989 zur Westgrenze Polens.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um den Weg zur deutschen Einheit durch Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit zu vollenden.

Prof. Dr. Farthmann
und Fraktion

Dr. Worms
und Fraktion

Dr. Rohde
und Fraktion

Landtag für Garantie polnischer Westgrenze

Für eine eindeutige Garantie der polnischen Westgrenzen trat der Landtag nach Verabschiedung des Haushalts in einer gemeinsamen Entschließung aller drei Fraktionen ein (siehe Kasten auf dieser Seite). Gleichzeitig wird in dem Antrag die 10-Punkte-Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) zur Deutschlandpolitik begrüßt (Drs. 10/5022). Basis des Papiers bildet ein Antrag von CDU und F.D.P., in den der Passus zur polnischen Westgrenze auf Antrag der SPD nachträglich eingefügt wurde. Darin bezieht sich die SPD auf die Rede von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.) vor der UNO.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) betonte, der SPD falle wegen Gleichsetzungsäußerungen der Abgeordneten Thoben die Zustimmung zur gemeinsamen Entschließung sehr schwer. Er unterstrich, daß die Formulierung zur polnischen Westgrenze genau die sei, die Außenminister Genscher vor der UNO gebraucht habe. Mit Formelkompromissen wolle man sich nicht abspesen lassen, „hier muß ein klares und offenes Wort gesprochen werden“, stellte er fest, „es geht um die Anerkennung der polnischen Westgrenze ohne Wenn und Aber“.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) verlas den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 8. November 1989, in dem der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 und die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen bekräftigt werden. Zum Antrag der SPD sagte Klose, er sei deshalb akzeptabel, weil er in vollem wörtlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit der Rede des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen und mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages stehe. Es sei eine inhaltliche Einheit wiedergegeben, die auch der CDU diesen Teil des Entschließungsentwurfs annehmbar mache.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) sagte, Gott sei Dank, daß der Landtag die Position teile, die SPD, F.D.P. und CDU auch im Bundestag beschlossen hätten. Zur namentlichen Abstimmung merkte der Fraktionsvorsitzende an, man wisse, daß der eine oder andere Kollege große Schwierigkeiten habe, der Anerkennung der Westgrenze Polens zuzustimmen, wie sie in dem gemeinsamen Antrag von CDU, F.D.P. und SPD beschworen, bekräftigt, klargemacht worden sei. Er möchte allerdings den Kollegen, die da oder dort Schwierigkeiten hätten, zu bedenken geben: Wenn man diese Grenze nicht anerkenne, die das Herzstück der Ostpolitik sei, dann werde es außerordentlich schwierig, überhaupt einen Reformprozeß in den Staaten des Ostblocks zu ermöglichen.

Aussprache reichte von sozialen Fragen über Umwelt bis zu Schule und Finanzen

Landtag schloß Haushaltsberatungen in zweiter Lesung ab

Der Landtag hat am Freitag, 8. Dezember, die Haushaltsberatungen mit der Beratung der Einzelpläne des Arbeits- und Sozialministers, des Umweltministers, des Kultusministers, des Justizministers, des Finanzministers sowie des Landesrechnungshofs und des Landtags fortgesetzt. In zweiter Lesung wurde der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 angenommen (Drs. 10/4915 und 10/4975) und zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen. Insgesamt ist an den beiden Beratungstagen über elf Änderungsanträge der CDU abgestimmt worden. Ferner kamen je ein Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der F.D.P. zur Abstimmung, die beide strukturelle Verbesserungen von Forschung und Lehre an den Hochschulen betrafen (Drs. 10/4943 und 10/4979).

Arbeit, Gesundheit, Soziales

In die Beratungen über den Einzelplan 07 des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales war ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit fünf Ziffern einbezogen. Die Ziffer zum Landeserziehungsgeld wurde in Einzelabstimmung abgelehnt. Bei der Ziffer über Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung war namentliche Abstimmung beantragt. Mit ja stimmten 90, mit Nein 107 Abgeordnete. Der Antrag war damit abgelehnt. Auch für die Ziffer zu Tageseinrichtungen für Kinder hatte die CDU Einzelabstimmung verlangt. Bei Enthaltung der F.D.P. wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Mit den Stimmen von SPD und F.D.P. stießen auch die Ziffern zur Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit auf Ablehnung. Der Einzelplan 07 selbst wurde mehrheitlich in 2. Lesung angenommen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) benannte vier Schwerpunkte: die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Frage der Aus- und Übersiedler, die Pflicht des Landes, auch für ältere Mitbürger einen Lebensabend in Menschenwürde zu sichern und die Herausforderungen des Landes Nordrhein-Westfalen an der Drogenfront. Dem Minister hielt der Abgeordnete vor, er habe in NRW die notwendige Flexibilisierung am Arbeitsmarkt weder genutzt noch gefördert. Ganz und gar unerträglich sei es, wenn Minister Heinemann davon spreche, Übersiedler würden bei uns verhätschelt. Zur Altenpolitik sagte Arentz, die Verwaltung des Mangels zeichne die Pflegesituation in NRW aus. Bei der ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Menschen sei NRW zum Schlußlicht in der Bundesrepublik geworden. Zum Rauschmittelproblem erklärte er, die CDU fordere hier und heute eine Verdoppelung der Mittel zur Bekämpfung der Drogensucht.

Ulrich Schmidt (SPD) meinte dagegen, das Land NRW bleibe das soziale Gewissen



Das Gewicht sozialer Fragen: v.l. Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Antonius Rösenberg (CDU), Erich Heckelmann (SPD) und Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD).
Fotos: Schüler

gegenüber der Bundesregierung. Er wies darauf hin, daß der Einzelplan 07 im Jahr 1990 um eine halbe Milliarde Mark wachse. Die Steigerungsrate betrage gegenüber 1989 11,3 Prozent. Sie liege damit um mehr als das Doppelte über der Steigerungsrate des Gesamthaushaltes, der nur um 5,3 Prozent wachse. In der Altenpolitik setze man zusätzlich 170 Millionen Mark ein und das ohne die Mittel der Stiftung für Wohlfahrtspflege. Akzente würden auch bei der Arbeitsmarktpolitik gesetzt. Als Reaktion auf die Mängel der Bundespolitik finde sich im Haushaltsentwurf erstmals ein arbeitsmarktpolitisches Sonderprogramm mit einem Volumen von 44 Millionen Mark. Die Mittel für Antidrogenprogramme seien um 1,5 Millionen Mark aufgestockt worden.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) kritisierte, dieser Haushalt sei in überhaupt keiner Weise geeignet, den zukünftigen Anforderungen in der Arbeits- und Sozialpolitik gerecht zu werden. Die Schuld daran trage ein Minister, der meine, daß allein Sozialdemokraten im Besitz der Wahrheit und des einzig verfügbaren Gewissens wären. Das führe dann dazu, daß er in einem völlig abstrusen Gedankengebäude alle Maßnahmen und alle Forderungen der Bundesregierung oder der sie tragenden Parteien als Anschlag auf die sozial Minderbemittelten darzustellen versuche. Ob das die Steuerreform sei oder die Gesundheitsreform, ob das die steuerliche Absetzbarkeit von Pflegepersonen für hilfsbedürftige Angehörige sei — aus allem konstruiere der Minister einen Pappkameraden.

Antonius Rösenberg (CDU) meinte zur Jugend- und Familienpolitik, die Regierung Rau verweigere den Familien in NRW ein Landeserziehungsgeld in Ergänzung zu einer beispielhaften Regelung auf Bundesebene. Ferner verweigere sie eine einheitliche Förderung aller Schwangerschaftsberatungsstellen und sei somit für eine Einteilung in Beratungsstellen erster und zweiter Ordnung verantwortlich. Durch weitere Versäumnisse der Regierung Rau sei es dazu gekommen, daß heute rund 100 000 Kindergartenplätze in NRW fehlen.

Erich Heckelmann (SPD) erinnerte daran, daß der Landtag für das Jahr 1989 64 Millionen Mark zur Förderung und Weiterentwicklung der Jugendarbeit bereitgestellt habe. Wenn es da einige Haken und Ösen gegeben habe, so dürfe man nicht der Landesregierung anlasten, daß in den Jugendämtern vor Ort einiges nicht richtig bearbeitet worden sei. Der Abgeordnete verwies darauf, daß die Ausgaben für die Jugend- und Familienförderung in diesem Jahr den stolzen Betrag von 1,1 Milliarden Mark überstiegen. Zur Ablehnung eines Landeserziehungsgeldes oder eines Familiengründungsdarlehens sagte Heckelmann, man dürfe und solle die Verantwortungsverteilung zwischen Bund und Ländern nicht verwischen.

Andreas Reichel (F.D.P.) sagte, nichts kennzeichne die Entwicklung des Etats für Jugend und Familie besser, als wenn man sage, hier herrsche Stillstand. Natürlich sei Stillstand im Haushalt Rückschritt in der Sache. „Wir bedauern das“, sagte der Abgeordnete. Er erinnerte daran, daß man in der Jugendarbeit im vergangenen Jahr einen sehr zaghaften Einstieg in eine Reform der offenen Jugendarbeit gewagt habe. Er habe selten erlebt, wie ein politisches Anliegen dieses Parlaments so dilettantisch umgesetzt worden sei. Das Ziel der Dezentralisierung der offenen Jugendarbeit sei auf die Ebene eines Potemkinschen Dorfes zurückgefallen. Er sei nicht damit einverstanden, daß jetzt gesagt werde, das alles liege an nachgeordneten Stellen.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) erklärte, zu den großen Herausforderungen gehöre die große Zahl von Aus- und Übersiedlern, die „in unser Bundesland kommen“. Insgesamt seien es allein von Januar bis November 1989 über 150 000, darunter bis heute 50 000 Übersiedler aus der DDR gewesen. „Ich warne eindringlich davor, das Schicksal dieser Menschen, die dem Kommunismus den Rücken gekehrt haben, noch einmal als billige Wahlkampfmunition zu gebrauchen“, sagte der Minister. Die Menschen, die zu uns kämen, seien schon in der DDR immer wieder durch die Politik mißbraucht worden.

Damit müsse in der Bundesrepublik ein für allemal Schluß sein. Die drückendste Not bleibe dabei die Versorgung mit Wohnraum.

Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft

Der Einzelplan 10 des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wurde in 2. Lesung angenommen. Ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion fand keine Zustimmung.

Werner Stump (CDU) erklärte, der Umweltetat bleibe weit hinter den Notwendigkeiten einer beherzten und vorangetriebenen Umweltpolitik zurück. Fehlsteuerungen und Unterlassungen seien zu beklagen. Der Etat sei eine halbherzige Sache. Zur Landesplanung sagte der Abgeordnete, alle bestehenden Zielkonflikte unterschiedlicher Fachplanungen seien nicht aufeinander abgestimmt. Eine verantwortungsbewußte Landesplanung finde nicht statt, vielmehr sei hier ein völliger Stillstand zu beklagen. Eine konkrete Landesplanung aber sei das Grundgerüst, um das Land NRW ökologisch und ökonomisch erfolgreich zu führen.

Klaus Strehl (SPD) sagte, in Sachen ökologischer Erneuerung sei NRW nicht nur führend, sondern Motor der Umweltpolitik im gesamten Bundesgebiet. In der Umweltindustrie und -technologie habe NRW eine eindeutige Spitzenposition. Der Haushaltsentwurf 1990 verfolge nun konsequent die umweltpolitische Linie der vergangenen Jahre. Zukunftsweisendes umweltpolitisches Prinzip orientiere sich vorrangig am Verursacherprinzip. Darauf gestützt sei der Umweltschutz, vor allen Dingen in den Bereichen Luftreinhaltung, Gewässerschutz und Bodenschutz, erheblich nach vorn gebracht worden.

Michael Ruppert (F.D.P.) stellte die Frage, wo denn in den letzten fünf Jahren die große ökologische Erneuerung in NRW erfolgt sei. Zwar sei die Luft sauberer geworden und bei wichtigen Schadstoffen gebe es Rückgänge von über 50, ja von über 70 Prozent. „Aber haben das denn Klaus Matthiesen und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ganz allein geschafft? Was waren denn die Voraussetzungen?“ fragte der Abgeordnete und antwortete selbst, die Voraussetzungen seien doch die TA Luft und die Großfeuerungsanlagen-Verordnung der Bundesregierung gewesen. Da wo die Landesregierung habe ganz allein wirken dürfen, wie zum Beispiel beim Kraftwerk Ibbenbüren, da habe sie doch „die Entwicklung verpennt“.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) wandte sich entschieden gegen Abfallentsorgung in der DDR. Soweit sei man nämlich, daß sich Bundesländer teilweise über 50 Prozent im Ausland oder in der DDR entsorgten. „Ich aber sage Ihnen mit aller Deutlichkeit: Diese Landesregierung wird diesem Abfallexport nicht das Wort reden, weil das unmoralisch ist, unseren Wohlstandsmüll unseren Brüdern und Schwestern in der DDR vor die Füße zu kippen“, sagte der Minister. Er wolle auch keinen neuen Ökoko-



Umwelt- und Landwirtschaft: v.l. Michael Ruppert (F.D.P.), Walter Neuhaus (CDU), Gunther Sieg (SPD) und Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD).
Fotos: Schüler

lonialismus, der da laute: wir holen die Rohstoffe aus den Entwicklungsländern, und als Dank dafür kippen wir ihnen unseren Wohlstandsmüll in die Regenwälder. Matthiesen räumte indessen ein, daß der Giftmüllnotstand vorprogrammiert sei. Alle Bundesländer seien mehr oder weniger am Ende.

Werner Stump (CDU) betonte in einem zweiten Beitrag, der Minister sei zuständig für die Landesgesetzgebung. Die Landesgesetzgebung gebe ihm, wie sie von dieser Landesregierung im Plenum eingebracht und beschlossen worden sei, keine Handhabe, schärfer durchzugreifen, um Standortsicherung bei der Abfallentsorgung zu betreiben. Die CDU habe dazu wiederholt Vorschläge unterbreitet. Man sei sich doch mittlerweile darüber im klaren, daß die Abfallentsorgung nicht mehr nur eine Frage der Region sei.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) antwortete darauf, vielleicht könne man sich irgendetwas einmal darauf verständigen, daß das kein NRW-spezifisches Problem sei. „Ich brauche nur uns mit den Müllnotständen bundesweit zu vergleichen“, sagte der Minister. Dies sei ein Problem von Schleswig-Holstein bis Bayern.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) unterstrich, die CDU nehme den Aufruf des Ministers sehr ernst. Man wisse um die Wichtigkeit der Entsorgung und daß diese parallel zur Versorgung laufen müsse, damit Ökologie und Ökonomie miteinander vereinbar seien und die Ökonomie weitergehe. Dann müsse der Minister auch seinen Irrtum und den seiner Parteifreunde für die Vergangenheit eingestehen, denn nur so werde eine wahre Argumentation für die Zukunft möglich.

★

Unter dem Stichwort Landwirtschaft begann innerhalb der Aussprache über den Einzelplan 10 eine neue Runde.

Walter Neuhaus (CDU) machte darauf aufmerksam, wenn keine zusätzlichen Bundesmittel in den Einzelplan 10 geflossen wären, läge der Ansatz unter dem des Jahres 1989. Wie man da noch von einer ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes sprechen könne, sei ihm unverständlich. Tagtäglich könne man lesen, daß der Mini-

ster laufend Bundeshilfen als Landesleistungen verkaufe. „Hören Sie doch endlich mit diesem Etikettenschwindel auf!“ meinte der Abgeordnete. Die CDU-Fraktion lehne den Einzelplan 10 ab, weil er keine Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum, für den Natur- und Wasserschutz aufzeige und auch keine Akzente für eine aktive Landesagarpolitik setze.

Gunther Sieg (SPD) entgegnete, die Bundesmittel seien keine Almosen, die von Bonn aus großer Gnade zurückgewiesen würden. Das seien vielmehr Mittel, die dieses Land NRW brauche. Man habe immer darauf hingewiesen, daß man eine bessere Ausstattung von Bonn erwarte. Zu den Vorwürfen der CDU sagte der Abgeordnete, NRW sei auch das Land, in dem Naturschutz sehr ernstgenommen werde. „Wir in Nordrhein-Westfalen haben erkannt: Die intakte Natur ist ein unverzichtbarer Bestandteil für menschliche Lebensqualität. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was wir der Natur schuldig sind.“

Friedel Meyer (F.D.P.) kritisierte, er habe über Agrar und Landwirtschaft wenig gehört. Genauso wie die Landwirtschaft im Titel hinten anstehe, so sehe er den Haushalt auch. Umwelt sei die Nummer 1 bei der SPD, und das rieche schon sehr stark nach Landtagswahlkampf. Grundsätzlich dürfe der ländliche Raum nach F.D.P.-Auffassung nicht nur Reserveraum für die Ansprüche der Großstädte sein. Den arg gebeutelten Landwirten sollte man Erleichterung bei der Erwirtschaftung ihres Einkommens verschaffen und ihnen nicht immer nur neue Auflagen machen.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) bekräftigte, gerade diese Landesregierung habe die ländlichen Räume in den letzten Jahren in Einzelfällen gegenüber Ballungsräumen sogar bevorzugt behandelt. Als man das Feuchtwiesen-Schutzprogramm aus der Taufe gehoben habe, habe man mehr Kritiker als Freunde gehabt. Heute gebe es keine Kritik mehr, sondern Zufriedenheit, weil die Naturschützer gelernt hätten, daß Naturschutz nur in Kooperation mit den Landwirten effektiv sein könne, und weil die Landwirte gelernt hätten, daß Naturschutz für sie keine unangemessene Belastung bedeute, sondern auch eine vernünftige neue ökonomische Einkommenschance.

Schule

Herbert Reul (CDU) sagte: „Das, was wir heute nach fünf Jahren SPD-Mehrheit in NRW zum Abschluß bringen, ist die Chronologie eines Bildungsbetruges.“ So habe die CDU vor Jahren schon darauf hingewiesen, daß Unterricht ausfalle. Die SPD habe das erst rundweg bestritten, dann eingeräumt, aber das Problem sei nicht gelöst. 1990 werde man also eine weitere Erhöhung des Unterrichtsausfalls haben, prognostizierte er und meinte zur SPD gewandt: „Sie bleiben also Ihrer Tradition des Bildungsbetruges treu und werden auch im nächsten Jahr nicht genügend neue Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stellen.“ Mit dem von seiner Fraktion vorgeschlagenen Einstellungskorridor von 3000 Lehrern könne man das Vorhandene wenigstens sichern und müßte nicht weiter Abbau betreiben. „Abenteuerlich“ sei, was die SPD mit den zwangsteilzeitbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrern vorführe: Sie sei nicht einmal bereit, 170 Stellen bereitzustellen, damit die Betroffenen auf volle Stellen kommen. Das habe man zwar versprochen, aber nicht eingehalten. Alles in allem sei der Schulhaushalt „der Versuch, in Wahlkampfzeiten etwas zu beschönigen, aber im Ergebnis keine Lösung des Problems. Jeder, der in einem Unternehmen so Personalpolitik betreiben würde, würde entlassen. Aus diesem Grund sehe ich dem 13. Mai mit außerordentlicher Gelassenheit entgegen.“

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) konterte: Was man von der Opposition zu hören bekomme, lasse jedes Konzept vermissen. Es gebe gar keinen Zweifel, „daß wir mehr Lehrer brauchen, als wir gegenwärtig beschäftigt haben, und als wir gegenwärtig einstellen“. Aber man müsse dies an den haushaltsmäßigen Möglichkeiten messen. Der Abgeordnete wies darauf hin, daß es in diesem Jahr rund 3000 Stellen gebe, „die Unterrichtsvermehrung beinhalten“. Er schlüsselte diese Zahl auf und bemerkte zur Endsumme 2940, daß damit die Zahl von 3000 so gut wie erreicht sei. Dammeyer richtete die Aufmerksamkeit auf weitere „auch ganz zufriedenstellende Elemente“, etwa daß die Schüler-Lehrer-Relation an Berufsschulen von 1:51 auf 1:45 reduziert und an den Sonderschulen von 1:12,8 auf 1:10,8 verbessert werde. Im Bereich der Weiterbildung habe man im letzten Jahr die Personalkosten erhöht, diesmal erhöhe man die Teilnehmergebühren und die Zuschüsse für die Unterrichtsstunden um drei beziehungsweise 2,50 Mark: „Wir sind diejenigen, die tatsächlich die erforderliche Verbesserung in unserem Bildungswesen vorantreiben und die dafür sorgen, daß unser vielfältiges und leistungsstarkes Bildungssystem auch im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten anständig untermauert ist.“

Rudolf Wickel (F.D.P.) warnte eindringlich vor weiteren Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst, damit habe man sich einen „Riesentort“ angetan. Um die Probleme im Schulbereich zu lösen, „müßten wir eher wieder auf die 40-Stunden-Woche hinmarschieren“. Wickel nannte eine ganze Reihe von prekären Situationen, in denen die Schulen des Landes steckten, darüber wisse jeder Schulpolitiker Bescheid, der aus den Regionen Post bekomme. Beim Lehrermangel könne „die Kultusverwaltung nur

pflichtgemäß das verwalten und einsetzen, was sie hat“. Da sei die SPD-Mehrheitsfraktion der eigentliche Adressat, „die Kollegen der Mehrheitsfraktion müssen es eben verantworten, daß die Fachverwaltung nicht in der Lage ist, organisiert Schule vor Ort zu bringen“. Die Schulpolitiker in der Fraktion sollten den Finanzpolitikern deutlich machen, „was an den Schulen im Lande tatsächlich los ist und daß es so nicht weitergehen kann“. Er glaube nicht, daß der Finanzminister die Probleme von Schule tatsächlich kenne, sie seien von 1985 bis 1990 permanent schlechter geworden. Die Schulpolitik werde ohne Konzept und unter ideologischen Gesichtspunkten betrieben. „Wenn Schule in NRW noch einen Sinn haben soll, dann muß sich die Mehrheit hier ändern“, schloß er.

Kultur

Hildegard Matthäus (CDU) begründete den Antrag ihrer Fraktion, den Ansatz für Orchester, Musikschulen und Musikpflege um fünf Millionen Mark zu erhöhen. In den Chören und Instrumentalgruppen im Lande seien mehr als 1,1 Millionen Bürger in etwa 12000 Vereinen aktiv. Sie legten dabei ein ehrenamtliches Engagement an den Tag, das sich oft genug über Jahrzehnte erstrecke und ohne daß das gesellschaftliche Leben in vielen Dörfern und kleinen Ortschaften nicht denkbar wäre. Diese Arbeit sollte einmal anerkannt werden, betonte Frau Matthäus und stellte Vergleiche mit dem Sport an: Der erhalte Fördermittel aus dem Spiel 77; Sportlern würden ihre Übungsräume kostenlos zur Verfügung gestellt, das sei bei Chören und Musikgruppen oft nicht der Fall, sie müßten für bis zu 10000 Mark Räume anmieten, „die vom Land genauso bezahlt worden sind wie die Turnhallen“. Diese fünf Millionen, so die Vorstellung ihrer Fraktion, sollten dem Landesverband für die Laienmusik zur Verteilung an die einzelnen Vereine übergeben werden; was beim Filmbüro und bei anderen Büros möglich sei, müßte auch bei der Laienmusik ermöglicht werden.

Dr. Eugen Gerritz (SPD) lobte die gute Zusammenarbeit im Kulturausschuß, sie habe sich gelohnt: „Der Kulturhaushalt ist in den letzten sieben Jahren kontinuierlich gewachsen, in den letzten beiden Jahren um zusammen 25 Prozent“. Der ökonomische und ökologische Umbau des Landes sei nur zu schaffen, „wenn die kulturelle Infrastruktur sich im gleichen Maße verbessert und verändert“. Als Markenzeichen der Kulturarbeit im Lande nannte er Dezentralisation, Kooperation und Selbstverwaltung; damit seien jene Instrumente geschaffen, mit deren Hilfe sich Kultur frei und nach eigenen Bedürfnissen entwickeln könne. Unter den Perspektiven für die Arbeit der nächsten Wahlperiode nannte er die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Kunsthochschul-Landschaft, an der der Kulturausschuß starkes Interesse habe. Auch die Ausbildung der Germanisten ausschließlich als Literatur- und Sprachwissenschaftler bedürfe dringend der Überprüfung. Ein weiterer Punkt sei die Reform der Designerausbildung. Ferner müsse das Land im Bereich „Kunst im öffentlichen Raum“ mehr Mut an den Tag legen. Wenn man die Diskussion über die Struktur von Kunstschulen beendet habe, sollten sich Modelle entwickeln, „so daß die bildende Kunst in unserem Lande eine ähnli-

che Chance erhält wie die Musik in Nordrhein-Westfalen“.

Ruth-Witteler Koch (F.D.P.) erklärte, ihre Fraktion könne dem Haushalt nicht zustimmen, weil sie ein Konzept der Landesregierung vermissen, wie die vielfältigen Anregungen aus dem kommunalen Raum für die Kulturarbeit von der Landesregierung aufgenommen und in ihre eigenen Überlegungen eingebracht werden. Im übrigen werde Kultur immer noch zu sehr am Rande behandelt: Es müsse zu denken geben, daß im Mikat-Bericht unter der Rubrik „Soziale Infrastruktur“ neben dem Gesundheitswesen, Bildungs- und Freizeitangebot nur ein paar kursorische Bemerkungen zu den kulturellen Einrichtungen zu finden seien: „Wenn wir alle fordern und wollen, daß sich kulturell etwas verändert, muß ein Umdenkprozeß in Gang kommen.“ Bei zukünftigen Investitionen sei zu berücksichtigen, daß Kultur und kulturelle Aktivitäten die Situation in NRW erheblich verbessern könnten. Der musisch-kulturellen Bildung müsse man sich weiter annehmen, fuhr sie fort und regte an, den Gemeinden die Zuweisungen nicht zweckgebunden zur Verfügung zu stellen. Zukunftsthema werde sicher auch die Lage der Museen sein, hier werde die Frage der Ankaufsetats eine große Rolle spielen, auch über den Kulturbesitz werde man sich Gedanken machen müssen. Zu Lösungen sei auch bei der Theater- und Museumspädagogik und in der Frage der Arbeitszeitverkürzungen zu kommen, die die Orchester sehr stark trafen.

Sport

Leonhard Kuckart (CDU) wandte sich vor allem dem Sportstättenbau zu; hier müßten dringend mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. So habe seine Fraktion angeregt, für diesen Zweck 40 Millionen Mark aus der Städtebauförderung abzuzweigen, das habe die SPD aber abgelehnt. ZIN-Programm – auch Fehlanzeige: Nachdem angekündigt worden war, aus diesem Programm auch Sportstätten zu fördern, sei kein einziger Pfennig gekommen: „Der Luftballon ist zerplatzt, nichts als heiße Luft.“ Das zweite große Problem sei die Partnerschaft mit dem Landessportbund (LSB); da werde viel geredet, finanziell aber wenig getan. Dabei habe der LSB schlechte Zeiten, die Einnahmen aus „Spiel 77“ gingen zurück, der LSB sei in seiner Substanz gefährdet. Zu wenig werde auch bei der Bezuschussung der Übungsleiter getan, hier habe die SPD den CDU-Antrag, drei Millionen Mark mehr vorzusehen, abgelehnt. Auf der einen Seite beklage der Kultusminister die Zweiklassengesellschaft im Sport durch kommerzielle Anbieter, „aber die Politik der Landesregierung fördert die Zweiklassengesellschaft, weil wir nicht bereit sind, genügend Sportstätten zur Verfügung zu stellen, weil wir nicht bereit sind, in genügendem Umfang das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen.“

Uwe Herder (SPD) bezeichnete diese Lage-schilderung als „Zerrbild“, das nicht mit der täglichen Politik übereinstimme. „Wir blicken zurück auf eine erfolgreiche Periode der Sportpolitik (...) Wir haben es geschafft. Wir haben eine solide Grundlage geschaffen für die Sportpolitik des nächsten Jahrzehnts.“ Man habe Finanzminister und Fraktion von der Wichtigkeit der Sportpolitik und des

Sportstättenbaus überzeugt. Inzwischen gebe die Sportpolitik des Landes NRW die Vorreiterrolle für die gesamte Sportpolitik in Deutschland ab, man verfüge im Lande über das beste Konzept, betonte Herder. Die Mittel für den Sportstättenbau könnten sich sehen lassen, auch die Übungsleiterbezuschussung sei in Bewegung gekommen. Die Breitensportprogramme liefen in großer Breite weiter, Aussiedler und Übersiedlerprogramme seien hierzulande schon erprobt worden, als bundesweit noch niemand sonst daran gedacht habe. An den Bund richtete er die Aufforderung, für die restliche Absicherung des Sporttreibens in Wohngebieten zu sorgen.

Wolfram Dorn (F.D.P.) definierte den Verein als die Keimzelle sportlicher Betätigung; Bund, Länder und Gemeinden müßten daher die Vereine im partnerschaftlichen Verhältnis materiell und ideell unterstützen — „und dazu gehört auch, daß die Vereine eigene Initiativen entwickeln und zur Pflege und Erhaltung der ihnen anvertrauten Sportanlagen beitragen“. Dorn forderte nachdrücklich den Abbau des Defizits an fachgerechten Sportunterricht und wies auf die Bedeutung des Sports an der Hochschule hin. Die Mittel für die Übungsleiter sollten nicht um drei Millionen erhöht werden, wie die CDU das anstrebe, eine Million genüge. Für die Olympiade im Revier sollen nicht fünf, sondern nur eine Million aufgebracht werden, von dem eingesparten Geld sollten zwei Millionen an die Gemeinden gegeben werden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) plädierte nach den Stellungnahmen der Oppositionssprecher, es sollte endlich ein realistisches Bild der Schule gezeichnet werden. Wer in die Schulen gehe, könne feststellen, „daß dort wirklich Unterricht stattfindet und daß dort wirklich gearbeitet und gelernt werden kann“. Im übrigen müsse man anerkennen, daß es demnächst tatsächlich mehr Stellen gebe als durch Abgang frei werden. Bei der Kulturförderung warnte er vor der Forderung nach Konzepten: Das kollidiere mit der kulturellen Eigenständigkeit der Kommunen. Die fünf Millionen für Olympia im Revier seien richtig eingesetzt, denn hier gehe es vor allem darum, „das Land NRW mit seinen Möglichkeiten, Sport zu veranstalten und Sportleistungen zu erbringen, in der Weise vorzustellen, wie das leider von selbst nicht geschieht“.

Justiz

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) stellte fest: „Die Lage der Rechtspflege wird immer kritischer.“ Auch die Situation des Strafvollzugs sei schwieriger geworden. Darum habe seine Fraktion beantragt, 140 Stellen für Justizvollzugsassistentenanwärter zusätzlich zu schaffen; die SPD solle ihre Ablehnung noch einmal überdenken, appellierte er. Ferner wolle man die 60 Stellen für Sozialinspektoren zur Anstellung für den Bereich der Bewährungshilfe, da hier ein drückendes Defizit herrsche.

Manfred Ludwig Mayer (SPD) unterstrich, NRW verfüge heute im Justizbereich im Vergleich zu den anderen Bundesländern über die beste personelle Ausstattung: „Der Justizhaushalt 1990 knüpft daran an und schöpft die haushaltswirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten weiter aus.“ Der Abgeordnete meinte, es sei erforderlich, weiterhin den Gründen für die Überlastung der Justiz nachzuspüren; hilfreich sei da sicher eine Untersuchung über die Arbeitsabläufe in vier Justizvollzugsanstalten. Ferner sei die Modernisierung durch den Einsatz neuer Techniken voranzutreiben; so seien 1990 die Mittel für die Automation im Justizbereich auf 9,8 Millionen Mark veranschlagt.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) griff dies auf, indem er sagte: „Die neun Millionen reichen nicht.“ Für eine zukunftsorientierte EDV-Ausrüstung der Justiz brauche man höhere Beträge. Dem Rechtsausschuß gegenüber sollte die Landesregierung schneller, öffentlicher und konkreter agieren. Mit Freude registrierte seine Fraktion, daß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Einführung von Richterwahlausschüssen nicht eingebracht habe: Pläne, diese Ausschüsse nach politischen Gesichtspunkten entscheiden zu lassen, werde die F.D.P. niemals mittragen.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) lobte die positive Wirkung des Fortfalls der Stellenbesetzungssperre im Justizbereich: Dadurch werde im kommenden Jahr sofort über 750 Stellen verfügt werden können, das sei eine ungeheure Zahl. Dem Landtag sei bekannt, daß er „aus verschiedenerlei Gründen, jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt, gegen einen Richterwahlausschuß“ sei. Er wolle sich dafür bedanken, „daß es

jedenfalls in Fragen des Vollzugs trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen doch immer weitgehend einen Konsens gegeben hat“.

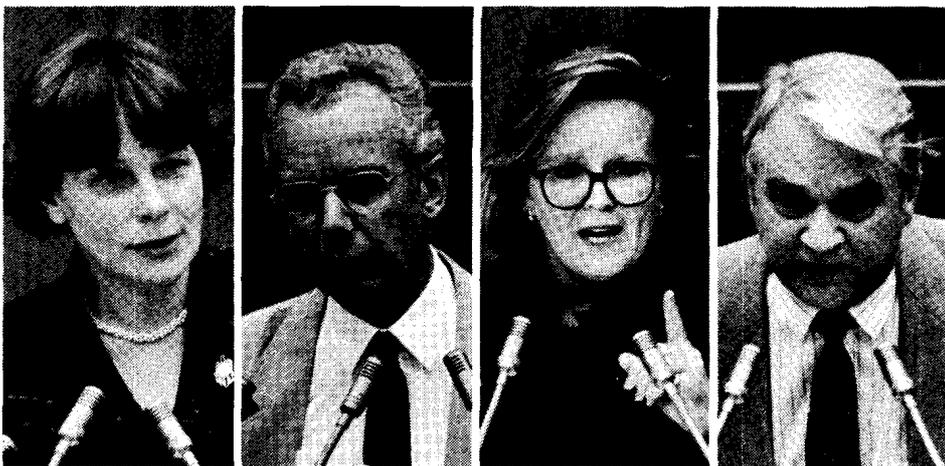
Finanzverwaltung

Franz Riscop (CDU) wies den Vorwurf zurück, die Finanzpolitik seiner Fraktion sei unsolid: Allen beantragten Mehrausgaben habe man Deckungsvorschläge durch Minderausgaben gegenübergestellt. Die Kürzungsvorschläge hätten noch gereicht, um die Schulden zu mindern. An die Landesregierung richtete er die Aufforderung, die Mehreinnahmen zur Schuldenminderung zu nutzen und zu einem kleineren Teil den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Die verbleibenden Einnahmeverbesserungen sollten zum Bau von Wohnungen, das Landesziehungsgeld und für die innere Sicherheit verwandt werden. Riscop verlangte im weiteren, die Sonderrücklage bei der WestLB aufzulösen und die globalen Minderausgaben nicht wie vorgesehen abzusenken.

Stefan Frechen (SPD) beurteilte die Einzelpläne 12 und 14 so: Man habe in diesem Jahr bei den entsprechenden Steuereinnahmen einen guten Kompromiß zwischen Wünschenswertem und Notwendigem gefunden. NRW nehme, was die Verschuldung angeht, einen Mittelplatz ein. Man finde die Verschuldung auch nicht gut, „meinen aber, sie in bezug auf den Strukturwandel, den wir in diesem Lande erfolgreich bewältigt haben, immer noch vertreten zu können“. Über Defizite bei der Steuerverwaltung und der Finanzbauverwaltung sei man unterrichtet. Nach den laufenden Organisationsuntersuchungen werde zu prüfen sein, was hier getan werden könne.

Wolfram Dorn (F.D.P.) bezeichnete die vorgesehenen 65 Angestellten in der Finanzverwaltung als „Tropfen auf den heißen Stein“. So könne es angesichts der Arbeitsüberlastung nicht weitergehen. Dorn wies die Behauptung des Finanzministers zurück, ein Abbau der immensen Staatsverschuldung im Lande scheitere an der Bonner Steuerreform. Trotz der Steuersenkungen sei es nicht zu Mindereinnahmen, sondern im Gegenteil zu Rekorderträgen gekommen: vier Milliarden mehr als im Vergleich zum Vorjahr allein von Januar bis Oktober. Angesichts dieser Zahl könne der Minister auch nicht davon sprechen, daß das Land über nur drei Milliarden Mehreinnahmen im ganzen Jahr verfügen könne. Die Zusage des Ministers, jede zusätzliche Mark zur Minderung der Nettokreditermächtigung zu verwenden (und nicht für zusätzliche Ausgaben) sei „in der Praxis ja wohl nicht eingetreten“.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) verteidigte seine Rechnung. Das überdurchschnittliche Wachstum sei auch durch die inzwischen wieder abgeschaffte Quellensteuer zurückzuführen gewesen, das bleibe nicht ohne Auswirkungen. Die Auflösung der WestLB-Sonderrücklage stehe im Widerspruch zu einem Landtagsbeschuß. Bei der globalen Minderausgabe lasse die CDU außer acht, daß inzwischen das Haushaltsgesetz geändert worden sei. Das Resümee des Ministers: „Ich glaube, daß NRW mit seinen Finanzen auf einem guten Weg ist.“



Kultur und ihre Zukunftsperspektiven (v. l. n. r.): Hildegard Matthäus (CDU), Dr. Eugen Gerritz (SPD), Ruth Witel-Koch (F.D.P.) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).
Fotos: Schüler

Staatsvertrag schafft Rahmenbedingungen für ein drittes privates Fernsehvollprogramm über Satellit

Bei der Abstimmung über den Satellitenfernseh-Staatsvertrag nach zweiter Lesung ist über die beiden Ziffern der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses getrennt abgestimmt worden. Dem eigentlichen Staatsvertrag stimmte der Landtag einstimmig zu. Damit ist der Weg für ein drittes privates Fernsehsatellitenprogramm frei. Die Ziffer zwei wurde mit den Stimmen der SPD-Mehrheit zwar ebenfalls angenommen. Die Opposition von CDU und F.D.P. stimmte jedoch dagegen. Diese zweite Ziffer bezieht sich auf eine Protokollnotiz im Anhang zum Staatsvertrag. Die Opposition sieht darin eine Vermengung von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk (Drs. 10/4628 und 10/4884).

Reinhard Grätz (SPD) berichtete, die heutige Beratung versetze in die Lage, den Westschienen-Staatsvertrag pünktlich zum 1. Januar 1990 in Kraft treten zu lassen. Damit sei die gesetzliche Rahmenbedingung für ein drittes privates Fernseh-Satellitenprogramm über den direkt empfangbaren TV-Sat 2 und den „Kopernikus“ erfüllt. Die SPD freue sich über die breite Zustimmung zu diesem Staatsvertrag, der nicht nur für das Fernsehland Nordrhein-Westfalen, sondern auch für die Programmvelfalt in Deutschland eine sehr wichtige Option sichere. Allerdings erbitte man eine getrennte Abstimmung der Beschlußempfehlung, „weil wir die Kooperationsbestimmungen in unseren Rundfunkgesetzen in Nordrhein-Westfalen nicht nur für rechters halten, sondern weil sie auch nicht durch eine Fußnote im Staatsvertrag ausgesetzt sehen wollen“, sagte der Abgeordnete. Er stellte klar, nicht die mögliche Kooperation zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk sei der SPD das Wichtigste an diesem Westkanal, sondern die Möglichkeit, eine Alternative, mindestens eine deutliche Variante zum bisherigen privaten Angebot zu sichern. Damit wolle man nicht die Veranstalter bestimmen, die letztlich einen Zuschlag nach diesem Staatsvertrag erhalten würden. Gleichwohl meine man, daß nicht ein drittes privates Massenprogramm hinzu addiert werden sollte, sondern daß sich auf dem Westkanal ein kulturell ambitioniertes Programm ansiedele. Grätz verdeutlichte weiter, daß ein solches weiteres Satellitenvollprogramm durchaus eine

Chance für einen dritten Weg böte: auf der einen Seite das große Unterhaltungspublikum, auf der anderen Seite das kleine Kulturpublikum anzusprechen und beide miteinander zu verbinden.

Helmut Elfring (CDU) betonte, es sei die rasante technische Entwicklung, die seit dem Inkrafttreten des Rundfunkstaatsvertrages vor zwei Jahren dazu geführt habe, daß aus vielen Problemen die Luft raus sei. Das immer größer werdende Angebot an Übertragungstechnik im Weltraum im allgemeinen und die Geburt von Fernsehsatelliten à la „Kopernikus“ und „Astra“ im besonderen hätten das damals noch aktuelle Problem des Mangels an Kanälen beseitigt. Man könne festhalten, daß die Anlässe für medienpolitische Machtkämpfe und Eifersüchteleien immer kleiner, daß die Beiträge zu einem kooperativen Föderalismus immer größer geworden seien. Auch die Bestimmungen des Satellitenfernseh-Staatsvertrages böten keine Probleme. Das Problem sei, daß der Westschienen-Vertrag der technischen Entwicklung hinterherhinke und möglicherweise das erhoffte Massenpublikum nicht finde. Elfring bekräftigte, dem zweiten Teil der Beschlußempfehlung, der sich auf die Protokollnotiz im Anhang zum Staatsvertrag und damit auf das Problem der Vermengung und Vermischung von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk beziehe, stimme die CDU nicht zu. Man wiedere setze sich jedem Versuch der SPD, privaten Rundfunk durch öffentlich-rechtliche Beteili-

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, man stimme dem Staatsvertrag zu, allerdings nicht der Ziffer 2. Im übrigen warne die F.D.P. davor, den Kulturkanal als Mittel zu benutzen, in einen neuen Krieg über eine möglicherweise dann notwendige Gebührenerhöhung einzusteigen. Man befürchte sie, da der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Gefahr seien, sich kaum dem veränderten Markt anzupassen, sondern jetzt mit mehr Geldmitteln versuchen würden, den Privaten Paroli zu bieten.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) wertete den „Westschienenvertrag“ als das letzte Gesetzeswerk, „mit dem einzelne Länder Vorgabe für die künftige Gestalt des privaten Fernsehsystems in der Bundesrepublik machen“. Im Kern gehe es um die Voraussetzungen dafür, daß sich der Markt für das private Fernsehen konsolidieren könne. Der Vertrag solle den Weg ebnen, daß sich ein dritter privater Fernsehveranstalter neben RTL plus und SAT 1 in der Bundesrepublik dauerhaft etablieren und wirtschaftlich konsolidieren könne. Wer dies sein werde, sei noch nicht abzusehen, er könne sein Programm nicht nur über Kabel verbreiten, sondern über Satellit und terrestrische Frequenzen, die den Empfang mit einer einfachen Dachantenne möglich machten. Er sehe die Chance, daß NRW Standort für diesen dritten Veranstalter werde, und er werbe dafür und wäre froh, wenn es so käme, betonte der Ministerpräsident. Denn hierzulande herrsche Aufbruchstimmung, es gebe eine expandierende und innovationsoffene Medienwirtschaft. Rau drückte seine Hoffnung aus, daß der dritte Veranstalter sein Rezept nicht in einer Kopie der beiden anderen sehe, sondern seine Programmidentität „in Programmplätzen für kulturelle Institutionen und für die kleineren Manufakturen der Programmphantasie“ finde.

Jürgen Büssow (SPD) wies auf eine in den letzten Tagen „unbemerkt abgelaufene Sensation“ hin: SAT 1 und PRO 7 seien auf den Astra, eine luxemburgische Satellitengesellschaft, gegangen. Damit seien die deutschen Rundfunksatelliten mit einem Schlag entwertet worden. Das müsse zu Konsequenzen für die nordrhein-westfälische Medienpolitik führen. So müsse man die Post drängen, damit „Kopernikus“ nicht zur „Investitionsruine“ werde, so lange über TV SAT 2 in Pal-Norm zu senden, bis in vier, fünf Jahren über den Satelliten eine HDTV-Norm entwickelt worden sei. Er, Büssow, sei gegen eine Gebührenfinanzierung des deutsch-französischen Kulturkanals, fuhr er fort, „wenn sich öffentlich-rechtliche Anstalten mit privaten Partnern zusammuntun, dann sollen sie für die Eingenfinanzierung solcher Programme Sorge tragen“. Die Kooperationsbestimmung sei wichtig, denn

Fortsetzung Seite 16



Der Premierminister des australischen Bundesstaates New South Wales, Nick F. Greiner (r.) hat dem Landtag einen Besuch abgestattet. Er wurde von Landtagspräsident Karl Josef Denzer begrüßt, der mit dem australischen Gast ein politisches Gespräch führte.

Foto: Schüler

Rau: Gute Novelle Fraktionen einig: Besonderer Rang des Verfassungsgerichts

Der Landtag hat das Verfassungsgerichtshofgesetz im Entwurf der Landesregierung nach der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet (Drs. 10/4419 und 10/4936).

Albert Klütsch (SPD) erklärte, man habe sich im wesentlichen mit den Statusfragen und den rechtstechnischen Fragen befaßt, die sich heute sozusagen aufdrängten. Man hoffe, daß mit dieser Anpassung an die Möglichkeiten des Bundesverfassungsgerichts auch der Landesverfassungsgerichtshof für eine zukünftige Rechtsprechung ausgestattet sei. Im Status habe man insbesondere festgestellt, daß der Verfassungsgerichtshof gegenüber allen Organen des Landes ein unabhängiger Gerichtshof sei. Die Stellung der Verfassungsrichter werde durch ergänzende Vorschläge unterstrichen, als man dort für Disziplinarmaßnahmen einen Antrag des Verfassungsgerichtshofs als solchen voraussetze und Einleitungsbehörde allenfalls die Landesregierung als Kollegialorgan und nicht ein einzelner Minister sein könne. Zur Wählbarkeit sagte Klütsch, man habe sich verständigt, die Regeln des Bundesverfassungsgerichts



Ein unabhängiges Gericht: v.l. Albert Klütsch (SPD), Dr. Ottmar Pohl (CDU), Heinz Lanfermann (F.D.P.) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schüler

anzuwenden und das Ende der Periode des Verfassungsrichters beim 68. Lebensjahr einzuführen.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) erwähnte, daß der Präsident des Verfassungsgerichts und der Vizepräsident bei der Ergebnisfindung sehr geholfen hätten. Im Gesetz sei nunmehr festgeschrieben, daß der Verfassungsgerichtshof ein gegenüber allen anderen Verfassungsorganen unabhängiger Gerichtshof sei. Dem Gerichtshof habe man ferner das Recht gegeben, mit Zweidrittelmehrheit eine Zeugnisverweigerung durch Regierung oder Behörden zurückzuweisen. Er erinnerte

daran, daß 1979 der erste Versuch unternommen worden sei, das Verfassungsgerichtshofgesetz zu ändern.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) äußerte den Wunsch, es möge von Seiten der Politik aus dabei bleiben, daß dieser Verfassungsgerichtshof nicht über eine Überbelastung klagen müsse.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) meinte, es sei eine gute Novelle zustande gekommen. Ihm schein es erfreulich zu sein, daß Regierung und Fraktionen übereinstimmten, daß dieses Verfassungsgericht einen besonderen Rang habe.

Fremdenverkehr im Einklang mit der Heimat und Natur

Mit ihrem Antrag „Fremdenverkehr im Einklang mit Heimat und Natur“ will die CDU-Fraktion erstmalig auch die ökologischen Aspekte dieses Bereichs aufgreifen. Der Antrag (Drs. 10/4828) wurde einstimmig an die Fachausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen.

Karl Knipschild (CDU) verwies darauf, nach einer Prognose der Vereinten Nationen werde im Jahr 2000 der Fremdenverkehr weltweit der größte und damit der bedeutendste Wirtschaftszweig sein. So sei es nur selbstverständlich, daß sich in den nächsten zehn Jahren Politik und Wirtschaft zunehmend mit den Strukturen und Rahmenbedingungen dieser Branche auseinandersetzen würden. Die Rolle als Wirtschaftsfaktor sei unbestritten. Nur mit der ökonomischen Bedeutung allein werde man aber der sehr rasanten Entwicklung des Fremdenverkehrs nicht gerecht. Mit ihrem Antrag wolle die CDU zum ersten Mal auch die ökologischen Aspekte dieses Bereichs aufgreifen. Es komme entscheidend darauf an, daß der Einklang mit der Heimat und der Natur nicht verlorengehe. Die CDU beschreibe in ihrem Antrag die nationale und internationale Entwicklung des Fremdenverkehrs, seine strukturelle Bedeutung in den Erholungsregionen des Landes sowie ihre Intentionen. Ferner würden Maßnahmen zu einer Entwicklung vom quantitativen zum qualitativen Wachstum des Fremdenverkehrs aufgezeigt, das spezielle Verhältnis der Landwirtschaft zum Fremdenverkehr dargelegt und die ökonomischen

Bereiche der Werbung und des Marketing gestreift.

Manfred Böcker (SPD) meinte, es hätte des Antrags nicht bedurft, um erneut Gemeinsamkeiten festzustellen. Nichtsdestoweniger stimme die SPD der Überweisung des Antrags an den Fachausschuß zu. „Daß der Fremdenverkehr im Einklang mit Heimat und Natur sich entwickeln soll, ist eine Forderung, die wir seit Jahren verfolgen“, sagte der Abgeordnete. Das Erlebnis der Natur bleibe nach wie vor für viele Menschen ein wichtiges Ziel bei der Suche nach einem sinnvollen Urlaub. Umweltschutz sei deshalb auch ein wichtiger Bestandteil der Fremdenverkehrspolitik. Die Fremdenverkehrsverbände müßten sich so organisieren, daß sie für die Anforderungen des Wettbewerbs gerüstet seien. Gleichzeitig müsse man mithelfen, das Dienstleistungsangebot ständig zu verbessern. Die ökologische Komponente müsse im Auge behalten werden. Man habe erkannt, daß die Zerstörung der Natur eine Zerstörung der Grundlagen des Tourismus sei. „Wir wollen deshalb die Kulturlandschaft beleben und für den Gast erlebbar machen“, sagte der Abgeordnete.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) betonte, das Verhalten der Touristen habe sich auch verändert. Die Spaziergänger stünden nicht mehr an erster Stelle. Auch Ausflüge und Fahrten in die Umgebung seien weiter nach unten gerutscht. Klagegliedern über die Staatsbäder wollte Frau Witteler-Koch nicht zustimmen. Allein die Zuwächse in Lippischen Staatsbädern ließen sich sehen. Es seien 400 000 mehr als 1987.

Werner Schumacher (CDU) vertrat die Auffassung, Tourismus und Fremdenverkehr werde der Wirtschaftszweig der 90er Jahre sein, der entscheidende Zuwachsraten verspreche. Bis heute habe sich konzeptionell in der Sache nichts bewegt. Er gebe zu, daß auch die Fremdenverkehrsverbände selbst initiativ werden müßten. Eine erste Klippe müsse übersprungen werden, den Fremdenverkehr in NRW organisatorisch in den Griff zu bekommen. Man habe eine unterschiedlich strukturierte Landschaft vom Lippischen Land über das Sauerland bis hin zur Eifel. Es sei auch erforderlich, sich Gedanken darüber zu machen, wie der Fremdenverkehr im EG-Binnenmarkt 1993 zu bewältigen sei. Die CDU habe ihren präzisierten Antrag deshalb eingebracht, weil man der ökologischen Komponente einen hohen Stellenwert beimesse.

Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) erinnerte an die Tourismus-Entschließung vom 2. Mai dieses Jahres mit Zustimmung der CDU-Fraktion. Darin habe es geheißen, daß Maßnahmen zugunsten des Tourismus und des Gastgewerbes einen Beitrag zur Umweltverträglichkeit und zur möglichst weitgehenden Wahrung ökologischer Zusammenhänge zu leisten habe. Lese man nun den zur Diskussion stehenden Antrag, so könne man auf die Idee kommen, dieses Parlament habe noch nie zuvor auch nur einen Gedanken auf die ökonomischen und ökologischen Aspekte des Tourismus verwendet. Klar sagte der Minister, das Land habe die dem Umwelt- und Landschaftsschutz dienenden Instrumentarien in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt.

Aktuelle Stunde zu Rundfunkinterview in Sachen Qualifizierungsdruck

SPD warnt vor der Gleichsetzung von Mitnehmern und Langzeitarbeitslosen

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 13. Dezember mit den Aussagen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann auseinandergesetzt. In einem Interview des Westdeutschen Rundfunks habe Farthmann am 17. November überlegt, „die finanzielle Unterstützung von Arbeitslosen, die nicht zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bereit sind, einzustellen und damit die Freiheitsrechte von Arbeitslosen ein wenig einzuschränken“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) überlegte, wie die SPD reagiert hätte, wenn dieser Vorschlag von Norbert Blüm oder der CDU gekommen wäre: „Dokument der sozialen Kälte, Umbau des Rechtsstaates in Richtung Ellenbogengesellschaft und Ausgrenzung der Schwächsten der Schwachen“ — mit diesen Unterstellungen wären die Sozialdemokraten über den Vorschlag hergefallen. Aber die Union nehme Farthmanns Vorschlag durchaus ernst, „wir teilen mit Ihnen die Einschätzung, daß ein Teil der Arbeitslosen nicht nur offene Arbeitsplätze, sondern auch zusätzliche sozialpädagogische Hilfen braucht“.



Unterschiedliche Auffassungen zur Arbeitsmarktpolitik (v.l.n.r.): Hermann-Josef Arentz (CDU), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Christa Thoben (CDU).
Fotos: Schüler

Man teile auch die Farthmannsche Auffassung, daß Solidarität in der Gesellschaft keine Einbahnstraße sei; denn Solidarität müsse auch bedeuten, „daß diejenigen, die etwas bekommen, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit dazu beitragen“. Man teile zudem auch den Eindruck, daß „manche zu ihrem Glück ein wenig Druck brauchen“. Die CDU wolle ihren Beitrag dazu leisten, diejenigen, die im Sozialsystem nur Mitnehmer seien, von denen zu trennen, die wirklich der solidarischen Hilfe bedürfen. An Farthmann und die SPD richtete Arentz den Appell: „Lassen Sie Ihren Rundfunkworten Taten folgen, erklären Sie sich bereit, gemeinsam mit der CDU und dem Landesarbeitsamt dahingehend zu sprechen, daß das, was Sie vorgeschlagen haben und nichts anderes als die Anwendung bereits geltender rechtlicher Möglichkeiten in NRW ist, im neuen Jahr auch mit aller Konsequenz umgesetzt wird.“

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, freute sich über die Gelegenheit, seine Auffassung dem Land-

tagsplenum zu präzisieren. Die Ausgangssituation sei doch, „daß wir trotz (...) erheblichen Zuwachses an Wirtschaftswachstum immer noch fast zwei Millionen Arbeitslose haben“. Ihm sei unbegreiflich, wie man da von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt sprechen könne, das sei mit seinem sozialen Verständnis nicht vereinbar. Das sei für ihn ein „soziales Ärgernis erster Güte“ und nicht jene „Faulpelze“, die sein Vorredner offenbar im Auge gehabt habe. Wenn man annehme, diese zwei Millionen seien alle Drückeberger, die nicht arbeiten wollten, dann sei das „ein bitteres Unrecht gegenüber vielen, vielen Menschen“. Er habe diejenigen im Auge, die unserem inzwischen hochgezüchteten Produktionssystem nicht mehr folgen könnten und jene, „die wir durch Langzeitarbeitslosigkeit sozial deformiert und kaputtgemacht haben“. Diesen Menschen möchte er helfen. Wie das zu geschehen habe, sei am Beispiel Schwedens zu sehen; dort würden 70 Prozent der Mittel in neue Arbeitsplätze, AB-Maßnahmen, Fort- und Weiterbildung gesteckt und nur 30 Prozent in Arbeitslosengeld. Hierzulande sei es fast umgekehrt. Er habe vorgeschlagen, den

Langzeitarbeitslosen mehr sozialpsychologische Betreuung angedeihen zu lassen, unter Umständen auch mit Zwang Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nach Beratung durchzusetzen und auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt ihnen Arbeitsplätze anzubieten, die nicht mehr rein rentabel seien. Darüber könne er sich durchaus ein Gespräch mit der CDU und dem Bundesarbeitsminister vorstellen, damit rückgängig gemacht werde, „was er dem zweiten Arbeitsmarkt angetan hat“.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, hielt Farthmann entgegen, er rücke von seiner Position ab. An Schwedens Beispiel sei noch etwas anderes nachzusehen, nämlich dem hohen Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen: Dort seien von 100 Beschäftigten 23, hierzulande aber nur 13 Prozent teilzeitbeschäftigt. Inzwischen habe sich die Lage auf dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt total verändert, „das macht eine ganz andere Arbeitsmarktpolitik notwendig“. Es gebe wieder mehr offene Stellen, die aber zumeist wegen des Facharbei-

termangels nicht zu besetzen seien. Nachdem die Arbeitgeber vorher vergeblich bei den Arbeitsämtern nachgefragt hätten, „stehen sie jetzt vor den Übergangslagern Schlange, um all denen, die aus der DDR kommen, Arbeitsplätze anzubieten, die in der Bundesrepublik und in NRW nicht besetzt werden können, weil es nicht genügend Facharbeiter gibt“. Rohde forderte, die Zumutbarkeitsregelung zu ändern, was Qualifikation und Mobilität angehe. Nur so sei der Strukturwandel im Lande zu beschleunigen.

Christa Thoben (CDU) erinnerte daran, die SPD habe in ihrer Bonner Regierungsverantwortung den Anteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik von 77 auf 34 Prozent abgesenkt; jetzt beklage sich Farthmann, daß man bisher nur wieder auf 43 Prozent gekommen sei. Wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD von der stärkeren Nutzung geltenden Rechts spreche, dann sei nicht der Bundesgesetzgeber gefordert, dies umzusetzen, indem etwa Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Die CDU sei gern mit der SPD und dem Landesarbeitsamt bereit, „dafür Sorge zu tragen, daß das Qualifizierungsangebot für Langzeitarbeitslose so ausgerichtet wird, daß man diesen Zwang, den das Recht gibt, ausüben kann und deren Chancen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt vergrößert“. Wenn der Landesarbeitsminister bemängelte, daß zwar Übersiedler sofort bei uns Arbeit finden, „wir aber nicht in der Lage sind, unsere Arbeitslosen vergleichbar zu qualifizieren“, so wecke eine solche Einlassung latente Ängste in der Bevölkerung, weil sie eine Bevorzugung der Übersiedler andeute: Darum sei eine solche Bemerkung „unanständig“.

Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) stimmte der Auffassung zu, daß Leistungsmissbrauch bestraft werden müsse. So habe es in diesem Jahr bis Ende November in 1394 Fällen Sperrzeiten wegen Ablehnung zumutbarer Bildungsmaßnahmen gegeben. Darum habe der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag „nur eine Normalität nachdrücklich in Erinnerung gerufen“. Zu den Übersiedlern meinte er, schon heute seien davon 20000 in NRW arbeitslos; es sei niemandem damit gedient, wenn immer mehr zu uns herüberkämen „und drüben die Menschen fehlen, um die demokratische Entwicklung, die dort begonnen hat, auch zu vollenden“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt dem SPD-Fraktionsvorsitzenden vor, er habe im Plenum nicht so viel Mut gehabt wie beim WDR, sonst hätte er sich nämlich zu seinem Vorschlag bekannt. Der Arbeitsminister gehöre mit zu denen, „die Aversionen gegen Aus- und Übersiedler hier in NRW erst hoffähig gemacht haben“. Wer von der Verhättschelung der Aussiedler schwadroniere, der mache sich an den Bemühungen zur Integration schuldig.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) stellte in einer persönlichen Bemerkung richtig, er habe in keinem einzigen Punkt seine Meinung geändert oder abgeschwächt, vielmehr stehe er voll zu dem, was er im Radio, im Fernsehen und im Plenum gesagt habe. Im übrigen lasse er sich nicht für Positionen in Anspruch nehmen, die ihm angedichtet würden.

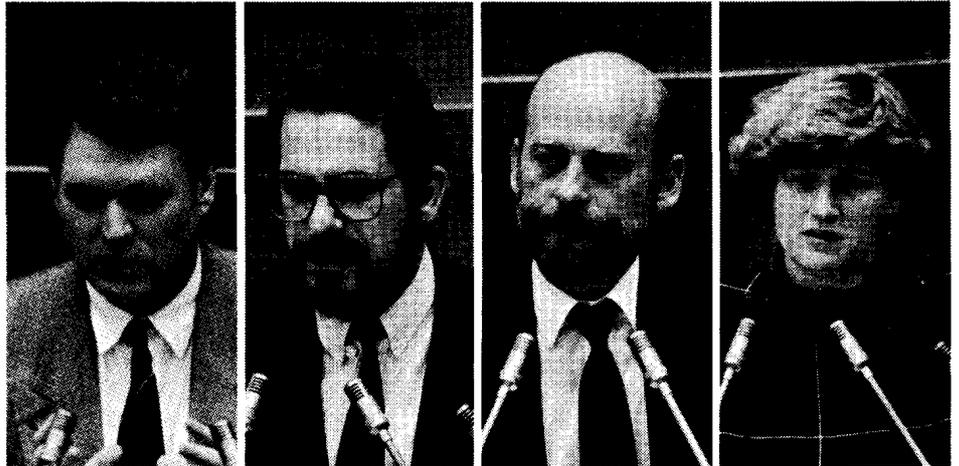
Die F.D.P. fordert ein Zurückziehen des Hochschulperspektivplans 2001

Grund: Prognose der Studentenzahl hat sich als völlig unhaltbar erwiesen

In einem Antrag fordert die F.D.P.-Fraktion die Landesregierung auf (Drs. 10/4814), „den im August 1988 veröffentlichten Hochschulperspektivplan 2001 zurückzuziehen und im Zusammenwirken mit allen am Hochschulleben Beteiligten ein neues Konzept zu entwerfen, das dem Landtag bis 28. Februar 1990 vorgelegt wird“. Dieser Perspektivplan habe sich von der ersten Stunde an als falsch erwiesen, begründete die Fraktion den Antrag, die Berechnungskriterien seien diffus, die aktuelle Überlastung der Hochschulen werde mit der Normalbelastung gleichgesetzt und anstelle der realen Studiendauer die Regelstudienzeit zugrunde gelegt. Auf dieser Basis, so die Liberalen, sei eine Hochschulstrukturplanung bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt. — Der Antrag wurde nach eingehender Debatte einstimmig an den Wissenschaftsausschuß überwiesen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) riet der Ministerin, „im Büßerhemd anzutreten und dieses rot-grüne Buch mit der Überschrift ‚Hochschulperspektivplan 2001 — Fakten, Fragen, Thesen‘ aus dem Verkehr zu ziehen“. Schlicht und einfach falsch sei die ministerielle Prognose, daß in den 90er Jahren die Studentenzahlen um etwa 30 Prozent zurückgehen würden; sie hätten mit den Realitäten heute an den Hochschulen nichts mehr zu tun. Das Papier habe somit seine Tragfähigkeit verloren, da sollte man sich nicht weigern, „aus offenkundig sichtbar gewordenen Fehlern keine Konsequenzen in der Gegenwart und für die Zukunft zu ziehen“. Die Gefahr sei nur, daß die Finanzpolitiker immer noch von diesem Plan ausgingen, für sie sei es ein Alibi für einen völlig falschen Sachverhalt. „Weg mit dieser Grundlage, die neuen Fakten müssen auch zu einem neuen Strukturpapier führen“, betonte Schultz-Tornau erneut. Diese Planung müßte veränderten Erkenntnissen und Überlegungen angepaßt werden, dabei sei dringend die Rolle der Geisteswissenschaften zu überdenken, in die sie gedrängt würden zugunsten der Technik- und Naturwissenschaften. Umverteilung dürfe man nicht zum Grundsatz seiner Politik machen, das reiche nicht zur Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen im internationalen Vergleich.

Franz-Josef Kniola (SPD) stellte fest, man sei sich schon lange darin einig, daß die quantitativen Grundannahmen des Papiers verändert werden müßten; man habe auch schon Konsequenzen gezogen, so werde es nach dem Hochschulsonderprogramm 1 ein zweites geben, das auf diese veränderten Bedingungen Bezug nehmen. Von den quantitativen Veränderungen abgesehen,



Unterschiedliche Antworten auf die Frage, ob die Hochschulen den Zukunftsaufgaben gewachsen sind (v.l.n.r.): Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Franz-Josef Kniola (SPD), Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) und Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD).
Fotos: Schüler

seien aber die Feststellungen des Plans weiterhin gültig — der Redner zitierte aus ihnen und stellte dabei die Rolle richtig, die den Geisteswissenschaften beigemessen wird: Grundlage der geistigen Orientierung und Verständnisquellen für soziale, politische und wirtschaftliche Vorgänge. Ungeachtet des Antrags, dem man nicht zustimmen könne, sollte man gemeinsam dafür sorgen, „daß es keine Abstriche an der personellen und sachlichen Ausstattung der Hochschulen geben darf, sondern daß es ganz im Gegenteil für die Zukunft gesehen weitere Zuwächse geben muß“.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) baute einen Gegensatz auf: Auf der einen Seite die völlig überlasteten Hochschulen, deren Mitglieder trotz dieser Umstände Hervorragendes leisten, auf der anderen Seite eine „konzeptionslose, perspektivenlose und auch zusätzlich hilflose Landesregierung, die nicht den blassesten Dunst davon zu haben scheint, wie Wissenschaft und Forschung in einer sogenannten Massenhochschule zu organisieren, zu flankieren und zu unterstützen sind“. Von dieser Regierung fühlten sich die Hochschulen mit Recht verschaukelt, denn sie hätten ein Recht auf sach- und problemgerechte Ausstattung. Der Ministerin warf Posdorf vor, ihre „nicht mehr zu vertretende und zu begründende sogenannte Wissenschaftspolitik ist ein Betrug an unserer jungen Generation“. Ohne die Hilfe der Bundesregierung stünde die Landesregierung schon längst vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Bildungspolitik, die eine „fatale Kombination aus Ignoranz und Dilettantismus“ darstelle. Nur noch mit dem Geld aus Bonn sei hierzulande etwas Neues anzufangen, das sei eine „Bankrotterklärung“. Was fehle, sei das in mehreren Anträgen von der CDU geforderte Gesamtstrukturkonzept für die Hochschulen und ein in sich schlüssiges Förderungskonzept, „das die Forschungsförderungspolitik unseres Landes für Partner in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft durchsichtiger macht und eine Koordination der Förderung und der Aktivitäten ermöglicht“. Der Abgeordnete nannte dazu die wichtigsten Punkte und warnte abschließend vor der weiteren Aushöhlung der Hochschulautonomie auf Kosten einer unerträglichen Machterweiterung der Ministerialbürokratie.

Andreas Reichel (F.D.P.) verlangte von der Wissenschaftsministerin, jetzt endlich Konsequenzen aus den veränderten Annahmen zu ziehen. Es zeuge auch von ungeheurem Realitätsverlust, wenn der Finanzminister immer noch der Meinung sei, es gebe überhaupt einen zusätzlichen Handlungsbedarf an den Hochschulen. Frau Brunn solle sich genauso selbstbewußt gegen Schleußer durchsetzen, wie es der Bundesbildungsminister gegenüber seinem Finanzminister getan habe. Wenn im vergangenen Jahr den Hochschulen etwas geholfen habe, dann sei es das Hochschulsonderprogramm gewesen, das Möllemann auf den Weg gebracht habe. Die praktizierte Form des Stellenpools nannte Reichel eine Umverteilung des Mangels, die nicht dazu geeignet sei, die Hochschulen des Landes auf die verschärfte Wettbewerbslage im kommenden europäischen Binnenmarkt vorzubereiten: Dazu brauche man den Ausbau der Investitionen in den Hochschulsektor.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) ließ die Kritik nicht gelten: In den letzten 25 Jahren seien die Hochschulen des Landes „in einer Art und Weise ausgebaut worden, daß sie keinen bundesweiten Vergleich zu scheuen brauchen“. Letzter Beweis dafür sei das Ergebnis der Umfrage des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, wo unter den ersten drei zwei nordrhein-westfälische Hochschulen waren. In den letzten Jahren sei die Hochschulpolitik im Lande immer mit Priorität betrieben worden, anders als der Bund habe sich NRW nie ganz aus der Hochschulpolitik zurückgezogen. Wer mehr Geld für die Hochschulen erstreiten wolle, der müsse dafür sorgen, daß der Bund wieder überdurchschnittlich in die Hochschulpolitik eintrete „und dies nicht nur mit Trostpflastern tut“. Was die Hochschulplanung 2001 angeht, die die F.D.P. zurückziehen fordere, so sei sie durchaus für eine Fortschreibung der Studierendenzahlen. Dafür betreibe man ja flexible Planung, das bedeute aber doch nicht, daß alle jene Veränderungen, die man vorgenommen habe, jetzt wieder zurückgeführt werden müßten. Was den kritisierten Stellenpool anbelange, so sei dieser Gedanke inzwischen bundesweit Allgemeingut der Planungsvorschläge der Wissenschaftsorganisationen aller Bundesländer.

Befangenheit von Ratsmitgliedern: **Mitwirkungsverbot bei Entscheidungen mit persönlichen Vor- oder Nachteilen**

Einen Gesetzentwurf der SPD zur Änderung der Gemeindeordnung NRW (Drs. 10/4890) überwies das Plenum nach erster Lesung am 13. Dezember an den Ausschuß für Kommunalpolitik (federführend) und den Ausschuß für Innere Verwaltung

Herbert Schwirtz (SPD) nannte als Ausgangspunkt das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, wonach „unmittelbarer Vorteil“ erstmals weiter ausgelegt worden sei. Dagegen halte die SPD Befangenheit von Ratsmitgliedern durch mittelbare Vor- oder Nachteile nicht für gegeben. Als Folge des Urteils seien ferner vor der letzten Kommunalwahl Kandidaten mit Angehörigen in der Verwaltung benachteiligt gewesen. Nach dem Beispiel von drei anderen Bundesländern sollten Wahlen von der Befangenheitsvorschrift ausgeschlossen sein, in NRW künftig ohne die Wahlen zu Ehrenämtern. Der Redner bedauerte, daß kein interfraktioneller Entwurf zustande gekommen sei.

Karl Nagel (CDU) hielt die Befangenheitsvorschrift in Paragraph 23 der Gemeindeordnung (GO) für einen unabdingbaren Bestandteil, da Entscheidungen der Kommunalvertretungen häufig direkten örtlichen Bezug hätten. Nach dem „Hausmeisterurteil“ herrschte weiter Verwirrung. Die Ratsarbeit müsse wieder plan und berechenbar gemacht werden. Auch müsse verhindert werden, daß kleine Parteien die Befangenheit mißbrauchten durch Versuche, die Mehrheiten zu ändern. Das schaffe zusätzliche Staatsverdrossenheit. Die Funktionsfähigkeit der Kommunalgremien müsse gewährleistet werden. Bei Gesetzesänderungen, auch am Kommunalwahlgesetz, solle der geballte Sachverstand der Kommunalpolitiker eingebracht werden. Die CDU habe viele Gespräche geführt und begrüße den SPD-Entwurf, der weitgehend die Handschrift der CDU trage. Wohlwollende Prüfung werde zugesagt.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) nannte als Ziele einer Befangenheitsregelung die

Garantie objektiv sachgerechter Entscheidungen durch Ausschaltung persönlicher Interessenkollisionen und die Praktikabilität sowie Rechtssicherheit. Eindeutig gebe es Regelungsbedarf. Die SPD-Initiative werde begrüßt, einige Fragen müßten im Ausschuß noch geklärt werden. „Unmittelbar“ könne nicht durch „direkt“ definiert werden. Es gebe Vorteile, die erst durch weitere Umstände entstünden. Der Ausschuß solle sich um entsprechende Formulierung bemühen.

Reinhard Wilmbusse (SPD) bedauerte, daß kein gemeinsamer Entwurf zustande gekommen sei und berichtete von einem Fall des Rücktritts von fünf Ratskollegen vor der letzten Wahl wegen der unsicheren Rechtslage.

US-Unternehmen entsorgt Müll

Durch den Erwerb der Mehrheitsanteile an der Müllverbrennungsanlage Hamm sei kein Entsorgungsmonopol entstanden, weil eine Hausmüllverbrennungsanlage nur im Auftrag von Gebietskörperschaften betrieben werden könne, die nach dem Gesetz zur Hausmüllentsorgung verpflichtet seien. Neu sei allerdings, daß neben den zahlreichen bisher schon in NRW tätigen Entsorgungsunternehmen nun auch ein amerikanisches tätig sei. Das erklärte Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Peter Bensmann, der hatte wissen wollen, ob die Mehrheitsbeteiligung des US-Konzerns Waste-Management-International an der Geko Hamm mit ihrer Müllverbrennungsanlage in die Abfallentsorgungskonzeption der Landesregierung passe.



In Leichlingen hat der Fußballclub des Landtags ein Hallenspiel gegen eine Elf der Provinzial-Versicherung ausgetragen und mit 4:1 Toren gewonnen. Der Reinerlös des Freundschaftsspiels betrug 1000 Mark. Der Vorsitzende des Landschaftsverbandes Rheinland, Dr. Jürgen Wilhelm (3. v. l.), nahm aus den Händen einer Glücksfee das Sparschwein entgegen, in das der Abgeordnete Siegfried Jankowski den Betrag einwirft. 3. v. r. Spielführer Uwe Herder MdL, ganz rechts der Abgeordnete Hans-Joachim Kuhl.

Heilberufsgesetz: **Hausärzte tragen zur Vorbeugung bei**

Eine Änderung des Heilberufsgesetzes zur Anpassung an EG-Vorschriften über das Fach Allgemeinmedizin (Drs. 10/4945) wurde nach zweiter Lesung am 13. Dezember verabschiedet.

Bodo Champignon (SPD) bemerkte, NRW habe fristgemäß den EG-Auftrag erledigt und trage damit kurzfristig zu einer besseren hausärztlichen Versorgung bei. Wegen der künftig dreijährigen Weiterbildungsvorschrift müsse eine Übergangsregelung für das Medizinstudium geschaffen werden. Die Vergleichbarkeit mit der Ausbildung „Arzt im Praktikum“ werde eingeführt. Das Fach Allgemeinmedizin werde aufgewertet.

Heinrich Dreyer (CDU) stimmte der Änderung zu und erwartete, daß nun die Mediziner Ausbildung bei vorgeschriebenen Stundenzahlen in fünf Jahren abgeschlossen werden könne.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) hielt die Neuregelung für zu optimistisch im rechtlichen Bereich und den Zeitpunkt der Verabschiedung für verfrüht. Korrekt wäre, wenn die Ärztekammern die Zeugnisse erst mit Beginn der Weiterbildung ausstellten.

Gesundheitsminister Hermann Heineemann (SPD) erwiderte, ab 1. Januar 1990 bestehe ein Anspruch auf das Zertifikat. Für die Weiterbildung sei das Land, für die Ausbildung der Bund zuständig.

Innenminister hebt Aussetzung der Abschiebung von Roma auf

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) teilte auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Heinz Paus mit, er habe die im Sommer dieses Jahres verfügte Aussetzung der Abschiebungen von Roma inzwischen aufgehoben. Die Annahme von Verfolgungen in Rumänien und Jugoslawien habe nicht durch Material weiter erhärtet werden können. Schnoor machte deutlich, er habe sich in der Innenministerkonferenz, in der es auch um die Verfahrensweise gegenüber Christen und Jesiden aus der Türkei gegangen sei, um eine bundeseinheitliche Regelung bemüht. Eine Verständigung sei an den süddeutschen Ländern gescheitert. Es gehe um die schwierige Frage, wie man es erreiche, daß nicht durch falsche Signale ein weiterer Zuzug aus dem Balkan stattfinde.

Erlöse aus Skatturnier für Kirche in der DDR

Auf Initiative des SPD-Abgeordneten Helmut Hellwig hat ein Skatturnier im Landtag stattgefunden. Der diesjährige Erlös von 3000 Mark geht an eine kirchliche Einrichtung in der DDR. Sieger des Turniers war der CDU-Abgeordnete Hans Watzke.

Gesetz von 1863 wird novelliert: Hilfskasse trägt auch Bergbaumuseum

Das „Gesetz wegen Verwaltung der Bergbauhilfskassen“ aus dem Jahre 1863 soll den heutigen Erfordernissen angepaßt und in die geplante Neuordnung der bergbaulichen Gemeinschaftseinrichtungen einschließlich der erforderlichen Gestaltung entsprechend dem Bundesberggesetz einbezogen werden. Das sieht ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung vor, der in zweiter Lesung verabschiedet wurde (Drs. 10/4866). Wirtschaftsminister **Professor Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) wies bei der Einbringung darauf hin, das Bergbauhilfsgesetz bilde die rechtliche Grundlage für die einzige noch bestehende Bergbauhilfskasse, nämlich die Westfälische Berggewerkschaftskasse in Bochum.

Als Trägerin berufsbildender Schulen, der Fachhochschule Bergbau und des Deutschen Bergbaumuseums nehme die Westfälische Berggewerkschaftskasse wesentliche Gemeinschaftsaufgaben des Steinkohlenbergbaus wahr. Ihr zweiter Aufgabenschwerpunkt sei die technisch-wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit. Die Notwendigkeit zur Novellierung ergebe sich aus dem Interesse des Landes, die Wahrnehmung dieser Aufgaben auch künftig zu gewährleisten. Für die CDU sagte der Abgeordnete **Bernhard Brinkert**, man sei froh, daß die bergbaulichen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen über diesen Weg weiter gesichert würden. Brinkert wie auch die Sprecher von SPD und F.D.P., **Ernst-Otto Stüber** sowie **Hans-Joachim Kuhl**, stimmten dem Gesetz zu.

★

Dietrich Freudenberger, seit zehn Jahren Dezernent für Personal und Organisation bei der Stadt Hagen, ist mit den Stimmen von SPD und CDU zum neuen Hagener Oberstadtdirektor gewählt worden.

Der Jurist tritt Ende des Jahres die Nachfolge des langjährigen Hagener Verwaltungschefs und ehemaligen Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, **Dr. Klaus Müller**, an.



Das Zusammentreffen von Mitgliedern der Familienverbände mit Abgeordneten im Landtag sei ein Symbol für die Bedeutung der Familienpolitik im Lande. Das erklärte Landtagspräsident **Karl Josef Denzer** bei der Begrüßung des Vorstandes der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände Nordrhein-Westfalen aus Anlaß ihrer Jahresveranstaltung 1989. Der Präsident unterstrich, daß die Familien von nahezu jeder politischen Entscheidung berührt würden. Sie brauchten daher nicht nur eine Interessenvertretung, sondern gerade auch die Sensibilität und Sachkunde der Fachpolitiker aus den anderen Politikbereichen, die notwendig sei, um möglichst frühzeitig Aus- und Fernwirkungen politischer Entscheidungen auf die Familie zu erkennen. Der Landtag sei in vielfältiger Hinsicht mit familienpolitischen Fragen befaßt. Zum einen stecke er in seinem Zuständigkeitsbereich durch die Verabschiedung von Gesetzen den Rahmen ab, in dem die Familien lebten, arbeiteten und sich entwickelten. Der Landtag sei aber auch von der Öffentlichkeit häufig unbeobachtet in Gestalt seines Petitionsausschusses mit mannigfachen Einzelproblemen befaßt, deren Hintergründe selten spezifisch familienpolitische Tatbestände beträfen. Das Bild zeigt vorne rechts den Präsidenten, in der Mitte die CDU-Abgeordnete **Otti Hüls**, links neben ihr **Bischof Dr. Reinhard Lettmann**, rechts den Vorsitzenden der Verbände, **Lahrkamp**.

Foto: Schüler

Heiße Verhandlungen über Flughafen-Holding

Landesregierung, Landtag, Bundesregierung und die Städte Köln und Düsseldorf sowie die übrigen Gesellschafter räumten der Schaffung der gemeinsamen Holding der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn höchste Priorität ein. Die Verhandlungen darüber liefen bei grundsätzlichem Einvernehmen im Augenblick heiß. Das erklärte Wirtschaftsminister **Dr. Reimut Jochimsen** (SPD) in seiner Antwort auf eine Dringliche Anfrage des CDU-Abgeordneten **Heinz Hardt** in der letzten

Fragestunde des Landtags. **Hardt** hatte sich auf Presseberichte bezogen, wonach der Oberbürgermeister von Düsseldorf den Nachbarstädten der Stadt Düsseldorf ein Tauschgeschäft mit dem Inhalt vorgeschlagen habe, der Flughafen Düsseldorf müsse die jährlichen Flugbewegungen weit unter 71 000 bei derzeit 72 500 drücken und den Massenverkehr abziehen. Zum Ausgleich dafür werde die Hauptstart- und -landebahn verlängert. Der Minister führte aus, das wichtigste sei die Schaffung der Holding. An zweiter Stelle stehe die parallele Start- und Landebahn. Allerdings wolle man auch die Anpassung der Hauptstart- und -landebahn in Düsseldorf für ganz weite interkontinentale Nonstopflüge. Im übrigen stehe das von der Landesregierung gesetzte Recht der Begrenzung der Flugbewegungen auf 71 000 nicht zur Disposition.



Polnische Wissenschaftler hat Landtagspräsident **Karl Josef Denzer** (2. v.r.) empfangen. An der Gesprächsrunde nahmen auch die Landtagsabgeordneten **Hanns Backes** (CDU, 4. v.r.), **Adolf G. Retz** (SPD, M.), **Helmut Marmulla** (SPD, 6. v.l.), **Franz Skorzak** (CDU, l.) sowie der frühere Parlamentarier und jetzige Vorsitzende des NRW-Landkreistages, **Joseph Köhler** (CDU, 3. v.l.), teil.

Foto: Schüler

Für Arbeit zu alt, für Wohnung zu jung

„Seit dem 18. Oktober wohne ich in Düsseldorf in einem Container (ein Zimmer zwölf Quadratmeter) zusammen mit vier erwachsenen Personen. Ich bin 45 Jahre alt, allein stehend...“ schrieb eine aus der DDR übergesiedelte Frau an den Petitionsausschuß und fuhr fort: „Mit 45 Jahren ist man für eine Wohnung zu jung und für eine Arbeit zu alt.“ Als DDR-Bürgerin habe sie ferner festgestellt, daß den Aussiedlern aus Polen viel mehr Zuwendung und finanzielle Unterstützung entgegengebracht werde.

Einmütiges Votum Wirtschafts- und Grubenausschuß Bergbauhilfsgesetz von 1863 geändert

Der Änderung eines 126 Jahre lang gültigen Gesetzes haben der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und der Ausschuß für Grubensicherheit in der gemeinsamen, von Gerd Müller (SPD) geleiteten Sitzung am 13. Dezember einmütig zugestimmt. Die Änderung des Gesetzes „wegen Verwaltung der Bergbauhilfsgassen“ wurde vom Plenum am Abend des gleichen Tages beschlossen.

Neben einer gesetzlichen Grundlage für die Prüf- und Abnahmetätigkeit der Westfälischen Berggewerkschaftskasse (WBK) geht es bei der Gesetzesänderung um eine organisatorische Straffung von drei bergbaulichen Gemeinschaftseinrichtungen, die vom Landesrechnungshof verlangt worden war. Die Aufgaben der Bergbau-Forschung GmbH und der WBK als Trägerin berufsbildender Schulen, der Fachhochschule Bergbau und des Deutschen Bergbau-Museums sollen überschneidungsfrei in der „Deutschen Montan-Technologie“ geordnet werden. Über die Einbeziehung der Versuchsgrubengesellschaft Dortmund ist noch nicht entschieden worden; deren Gesellschafter sind der Bund, das Land und die Bergbau-Berufsgenossenschaft. Bei den bergbaulichen Prüfungen und Abnahmen war rechtlich sicherzustellen, daß die fachlich bewährten Prüfeinrichtungen den Anforderungen des Bundesberggesetzes entsprechen. Andernfalls wäre eine Übertragung auf eine Bundesprüfanstalt möglich gewesen.

In der Ausschußsitzung berichtete, einer Bitte des F.D.P.-Abgeordneten Hans Joachim Kuhl folgend, das Wirtschaftsministerium über die Neukonzeption der Ausbildung und Forschung im Steinkohlenbergbau und über die Eilbedürftigkeit der Änderung rechtlicher Grundlagen. Eine Einigung unter zahlreichen Vertragsbeteiligten mußte erreicht werden. Drei Fachoberschulen bilden, so war dem Bericht zu entnehmen, derzeit 673 angehende Bergbau-

techniker aus. In der Fachhochschule studieren mehr als 1000 künftige Bergbau-Diplomingenieure. Weitere Bergleute werden in drei Berufsschulen und in einer Bergfachschule weitergebildet. Die Qualifikationen eröffnen auch außerhalb des Bergbaus berufliche Möglichkeiten.

In der Aussprache begrüßte der langjährige ehemalige Betriebsdirektor beim Eschweiler Bergwerks-Verein, Bernhard Brinkert aus Bottrop, namens der CDU-Fraktion die Neuordnung. Ernst-Otto Stüber (SPD) wies auf den Spitzenstandard der deutschen Bergbau-Technologie und seine Bedeutung für den internationalen Export hin. Der Vorsitzende des Ausschusses für Grubensicherheit, Willi Wessel (SPD), bezeichnete die Versuchsgrube Dortmund als wichtige Forschungseinrichtung der WBK für die Grubensicherheit, deren dauerhafte Finanzierung noch zu sichern sei. Das Anliegen wurde von Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen mit dem Hinweis auf die Bundesbeteiligung bestärkt.

Hausfrauenarbeit

Ein Forschungsvorhaben zur Ermittlung der Qualifikation von Haus- und Familienarbeit ist entgegen dem Bericht in der Ausgabe von „Landtag intern“ vom 5. Dezember 1989 noch nicht angelaufen. Vielmehr ging es in der Sitzung vom 20. November um die Anrechnung der Leistung und Qualifikation von Hausfrauen als Vorqualifikation für das Studium der Sozialpädagogik.

Haushaltentwurf 1990: Ausgaben

| Einzelplan | 1990 | 1989 |
|--|--|---------|
| | in Millionen Mark (auf- bzw. abgerundet) | |
| 01 – Landtag | 160,8 | 118,3 |
| 02 – Ministerpräsident/Staatskanzlei | 140,0 | 108,3 |
| 03 – Innenminister | 4319,6 | 4110,6 |
| 04 – Justizminister | 2897,9 | 2839,1 |
| 05 – Kultusminister | 11801,8 | 11588,0 |
| 06 – Wissenschaft/Forschung | 6398,0 | 6086,1 |
| 07 – Arbeit/Gesundheit/Soziales | 5467,6 | 4906,5 |
| 08 – Wirtschaft/Mittelstand/Technologie | 3332,5 | 3364,0 |
| 09 – Bundesangelegenheiten | 7,8 | 4,5 |
| 10 – Umwelt/Raumordnung/ Landwirtschaft | 2144,8 | 1966,7 |
| 11 – Stadtentwicklung/Wohnen/Verkehr | 5370,9 | 4777,6 |
| 12 – Finanzminister | 2177,3 | 2096,0 |
| 13 – Landesrechnungshof | 16,1 | 15,7 |
| 14 – Allgemeine Finanzverwaltung | 23113,9 | 21962,1 |
| Zusammen | 67348,8 | 63943,5 |

Erst nach der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. Dezember erhielt der vom Finanzminister vorgelegte Entwurf des Landshaushalts 1990 die endgültige Fassung (Ressortaufteilung siehe Tabelle). Von der SPD-Fraktion waren weitere Änderungsanträge eingebracht worden. Unter anderem mußte Personal für die Landesstiftung für Wohlfahrtspflege wegen des Anstiegs der Stiftungsmittel bewilligt werden. Von CDU und F.D.P. wurden genauere Informationen über Haushaltsansätze im Umweltressort für die Förderung des Exports von Umwelttechnologien in den europäischen Osten verlangt.

Mehr Geld auch für die Gemeinden

Die Gemeindefinanzen 1990 standen am 29. November zum zweiten Mal auf der Tagesordnung des von Vorsitzendem Hans Wagner (CDU) geleiteten Ausschusses für Kommunalpolitik. Außerdem wurde über eine Verordnung zum Schulfinanzzgesetz, über eine von der SPD beantragte Änderung des Immissionsschutzgesetzes und die von der F.D.P. beantragte Steigerung des Wohnungsbaus beraten.

Die durch Steuererhöhungen verursachte Erhöhung der Haushaltsansätze für die Gemeindefinanzen 1990 gab Staatssekretär Riotte mit einem Gesamtvolumen von 391,6 Millionen Mark an. Auf Antrag der SPD wurde der von der Regierung vorgesehene Mehransatz im Ausgleichsstock für Über- und Aussiedler den allgemeinen Schlüsselzuweisungen zugerechnet, die damit im kommenden Jahr 302,8 Millionen Mark mehr, insgesamt 8646 Millionen Mark betragen. Die CDU stimmte dem ebenso zu wie der federführende Haushaltsausschuß in seiner Schlußberatung.

Gemeindeordnung

Die seit längerem im Ausschuß beratene Änderung der Gemeindeordnung NRW erhielt durch einen Gesetzentwurf der SPD (Drs. 10/4890) neuen Auftrieb, den das Plenum am 13. Dezember nach erster Lesung in den Ausschuß überwies. Erhebliche Unsicherheiten habe, so die Begründung, die neuere Rechtsprechung zur Befangenheit von Ratsmitgliedern ausgelöst. Der Runderlaß des Innenministers dazu reiche nicht aus. Im Gesetz solle der Begriff „unmittelbarer Vor- oder Nachteil“ konkretisiert und eine weitere Ausnahme vom Mitwirkungsverbot bei Wahlen eingeführt werden. „Unmittelbar ist der Vorteil oder Nachteil, wenn die Entscheidung eine natürliche oder juristische Person direkt berührt“, soll es jetzt in Paragraph 23 heißen.

Außerdem sollen nach dem Wunsch der SPD die von den Oberkreisdirektoren als untere Landschaftsbehörde erhobenen Gebühren künftig nicht mehr dem Land, sondern den Kreisen zufließen, da diese auch die Kosten tragen. Für die Landeskasse ergebe das ein Minus von etwa einer Million Mark zugunsten der Kreise.

Staatsvertrag schafft...

Fortsetzung von Seite 10

sie stelle eine Zukunftsgarantie für deutsche Rundfunkveranstalter schlechthin dar.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) bat den Ministerpräsidenten, zusammen mit dem Bundeskanzler noch einmal im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz die Frage der Gemeinschaftskanäle im europäischen Bereich, auch des deutsch-deutschen, zu erörtern.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) meinte, man wolle den Beschluß zum deutsch-französischen Kulturkanal nicht gefährden, aber die Situation seit September/Oktober zwingt zu neuen Überlegungen.

Geschehenszeugen

Mit der Schlußphase der Geiselnahme beschäftigte sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.) am 12. Dezember. Fünf Zeugen waren geladen, darunter der Kölner Polizeipräsident Jürgen Hosse. Näheren Aufschluß von den letzten Stunden in der Kölner Einsatzleitung erhoffte sich der Ausschuß auch von jenen zwei Zeugen, die zwar längere Zeit in der Einsatzleitung anwesend, aber nicht in die Entscheidungen eingebunden waren.

Der Zufall nur hatte Günter Häring, den Leiter Schutzpolizei bei der Kreispolizeibehörde Köln in jenen engen Raum verschlagen. Als Neuling in diesem Amt hatte er, um die einzelnen Dienststellen kennenzulernen, am Morgen des 18. August die Diensthundstaffel besucht; die sei dann plötzlich wegen eines Einsatzes ins Präsidium beordert worden. Häring nutzte die Gelegenheit, fuhr der Staffel nach, um, wie er sagte, den Führungsstab in Köln bei der Arbeit zu sehen: „Ich hätte auch abgewiesen werden können“, meinte der Zeuge, der die letzten Stunden des Geiseldramas, wenn auch mit einigen Unterbrechungen, aus eigener Anschauung miterlebte.

Eine zentrale Rolle spielte bei der Vernehmung die allmähliche Absenkung der Zugriffsvoraussetzungen und die Kommunikation zwischen der Einsatzleitung und dem Abschnittsleiter Verfolgung, der den Tätern auf den Fersen war. Nach den unsäglichen Szenen in der Kölner Breite Straße war man in der Einsatzleitung zu dem Schluß gekommen, es müsse vermieden werden, daß die Täter erneut eine größere Stadt anfahren; darum sollte der Zugriff bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit gewagt werden — auch wenn damit ein erhöhtes Risiko für die Geiseln verbunden wäre; das hielt man für hinnehmbar.

Häring erinnerte sich, daß ein SEK-Berater ausdrücklich auf dieses Risiko hingewiesen habe. Er, Häring, habe sich diesem Beamten als Zeuge zur Verfügung gestellt, „damit hinterher nicht alle sagen könnten, sie seien es nicht gewesen“. Bei der Situation auf der Breite Straße sei auch ausdrücklich die Möglichkeit eines finalen Rettungsschusses einbezogen worden; die Führungsspitze, die Häring als Einsatzleiter Mätzler, Polizeipräsident Hosse und Oberstaatsanwalt Dr. Schäfer definierte, habe dies getragen. Es sei in dieser Frage aber nicht mit dem Innenministerium telefoniert worden, jedenfalls erinnere er sich nicht daran. Die mehrmaligen Rückfragen des Abschnittsleiters Verfolgung in der Einsatzleitung wegen der Zugriffsvoraussetzungen hielt er für normal: Auch wenn der Abschnittsleiter freie Hand bekommen habe, so sei dennoch der Einsatzleiter weiter in der Verantwortung, er könne jederzeit in den Ablauf eingreifen.

Die stellvertretende Polizeipräsidentin, leitende Regierungsdirektorin Maria Weiß, war ebenfalls ohne Funktion und Verantwortung in der Einsatzleitung. Sie habe sich darüber gewundert, erklärte sie dem Ausschuß, daß die Innenraumübertragung aus dem Täterauto über eine Standleitung nicht nach Köln, sondern in eine frühere Einsatzleitung geschaltet war. So habe ein Beamter eigens mit dieser Stelle Kontakt halten müssen, um die Erkenntnisse aus dieser polizeilichen Informationsquelle in die Kölner Einsatzleitung einzubringen.

Literatur

Zugereiste vor 200 Jahren

Das Schicksal französischer Emigranten in Westfalen

„Der Hauptzweck bey den für diese Unglücklichen zu treffenden Vorkehrungen muss seyn, 1. die Geistlichen, besonders die zuerst ankommenden... nach den weiter rückwärts gelegenen Landen fortzuhelfen, 2. jene, die nicht fortgebracht werden können, in ihrem Unterhalt zu unterstützen, sodann 3. die damit unausbleiblich verknüpfte Last... zu vertheilen und die Zahl der Concurrenten zur Abhelfung dieser Bürde zu vermehren“. Diese Anweisung des Kurstürsten Max Franz von Köln erging im Juli 1794 an den Generalvikar von Münster. Im Münsterland wimmelte es damals von französischen Pfarrern, Mönchen, Nonnen, Domherren und Bischöfen. Sie waren aus dem revolutionären Frankreich geflüchtet, weil sie den Eid auf die neuen Herren verweigerten. Es waren mehrere tausend, so viele, daß in der Minoritenkirche von Münster und anderswo in französischer Sprache gepredigt wurde. Der Kurfürst befahl, was auch heute die Behörden für richtig halten: die Ankommenden möglichst rasch von der Grenze ins Landesinnere weiterleiten und die Kosten für den Unterhalt auf möglichst viele verteilen.

Gestützt auf umfangreiches Quellenmaterial hat Peter Veddeler mit „Französische Emigranten in Westfalen 1792—1802“ auf diese weitgehend unbekanntes West-Invasion Westfalens vor fast 200 Jahren aufmerksam gemacht. Er hat ein vorzügliches Bild der Zugereisten und der Probleme, die sie den Einheimischen bereiteten, gezeichnet, ein Bild, dessen Aktualität nicht zu übersehen ist.

Obwohl die geistlichen Emigranten, meist ältere Leute, sehr bescheiden waren, gab es Mißtrauen bei den Münsteranern, Sorge um Benachteiligung gegenüber den Zugereisten. Der westfälische Landdrost, Freiherr von Spiegel, warnte vor Verhättschelung und schrieb 1794 an das Domkapitel: „... eine wichtige Ursache, weswegen ich wünsche, die französischen Geistlichen würden nicht so sehr begünstigt, ist, dass sie diese

Landen, wo sie so gut behandelt werden, nicht verlassen werden.“ Sie würden, so meint der Landdroste, mit der Zeit Pfründen erhalten; „dieser Vorzug ist für den münsterschen Bürgersohn druckend“, der das Geld dafür aufbringen müsse, und das erzeuge Unzufriedenheit.

Weltliche Emigranten und vor allem arrogante französische Adelige waren im Münsterland unerwünscht. Im preussischen Hamm hingegen hatten die Brüder des französischen Königs, die Grafen von Provence und von Artois mit 100 Mann Gefolge Quartier bezogen. Die Bevölkerung murkte. Als die Nachricht von der Hinrichtung Ludwigs XVI. bekannt wurde, ernannte sich der älteste Bruder, der Graf von Provence, zum „Régent de France“ und verteilte Ministerposten. Das Landstädtchen Hamm war im Januar 1793 Sitz einer royalistischen Exilregierung geworden. Nach einem knappen Jahr, Ende Dezember 1793, verließ der Regent Frankreichs Hamm. Von seiner „Hammer Deklaration“ vom 28. Januar 1793, in der er gegen die Revolution donierte, hat die Weltgeschichte bekanntlich keine Notiz genommen. Wolfram Köhler

(Peter Veddeler „Französische Emigranten in Westfalen 1792—1802“, Veröffentlichung der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 28, Hg. Staatsarchiv Münster, 1989.)

Im einfachen Dienst

Am 1. Februar 1989 waren im Landesdienst 1654 Beamte des einfachen Dienstes beschäftigt. Wie Finanzminister Heinz Schleußer in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Ernst Walsken und Karl Trabalski mitteilt, beträgt die finanzielle Belastung des Landes durch diese Bedienstetengruppen im Haushaltsjahr 1989 rund 57,3 Millionen Mark. Der Beihilfenaufwand ist darin nicht enthalten (Drs. 10/4833 und 10/4658).



Eine Gruppe polnischer Journalisten aus Warschau, die als Gäste der Stadt Düsseldorf unter der Leitung von Joachim Neisser den Landtag besuchten, sind vom Pressesprecher des Landtags, Friedhelm Geraedts (2. v.l.), empfangen worden. Foto: Schüler

SPD-Fraktion

Farthmann: Ein fester Wechselkurs hilft der DDR

Ein System fester Wechselkurse zwischen der DDR und der Bundesrepublik hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, angeregt. In einem Beitrag für die Gewerkschaftszeitung „Einheit“ wies er darauf hin, daß die DDR möglichst bald eine konvertierbare Währung brauche. Das sei eine grundlegende Voraussetzung zur Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen beiden deutschen Staaten.

Farthmann erinnerte an die jahrzehntelange Praxis zwischen der Deutschen Bundesbank und der österreichischen Nationalbank. Unabhängig von den schwankenden Kursen auf dem Weltmarkt, habe es immer einen festen Wechselkurs zwischen dem österreichischen Schilling und der D-Mark gegeben. Wenn dies auch für die Ost-Mark eingeführt würde, stände hinter ihr die Garantie der Bundesdeutschen Notenbank. Damit würde die Ost-Mark in aller Welt anerkannt und konvertierbar.

Das Modell nach deutsch-österreichischem Vorbild setze voraus, daß die Bundesbank den Ankauf der Ost-Mark zu einem festen Kurs garantiere. Dieser Kurs könne nicht bei 1:1 liegen; er brauche aber auch nicht 1:10 zu sein. Ein erster Schritt zu einer realistischen Relation zwischen den beiden Währungen sei bereits mit Zustimmung der Regierung der DDR dadurch getan worden, daß künftig DDR-Bürger bei Westreisen ihre zweiten 100 Mark im Verhältnis 5:1 gegen D-Mark West eintauschen können.

„Ein solcher Schritt könnte die Initialzündung für den Wirtschaftsaufbau in der DDR sein, da im gleichen Moment für bundesdeutsche Unternehmen das Investieren in der DDR attraktiv würde“, betonte Farthmann. Wenn uns eine solche Hilfe vorübergehend Geld kosten sollte, könnte dies ohne Mühe aus den Gewinnen der Bundesbank bezahlt werden, die zur Zeit bei über zehn Milliarden Mark pro Jahr lägen.

★

Aufgrund der November-Steuerschätzung werden die Gemeinden nächstes Jahr vom Land mehr Geld erhalten als ursprünglich angenommen. „Es handelt sich dabei um einen Betrag in Höhe von 391,6 Millionen Mark“, teilte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Wilmbusse, mit. Um diesen Betrag erhöhe sich der Verbundbetrag im Gemeindefinanzierungsgesetz 1990. Auf Wunsch der SPD-Fraktion solle diese Summe zum größten Teil (302,8 Millionen Mark) den Schlüsselzuweisungen zugerechnet werden. 83,8 Millionen Mark seien dann eine Investitionspauschale für Gemeinden mit besonders vielen Aussiedlern.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Drogenprogramm der Landesregierung enttäuschend

Enttäuscht hat der Vorsitzende der CDU-Landesfraktion, Dr. Bernhard Worms, auf die von der Landesregierung vorgestellten Konzepte zur Bekämpfung des Drogenproblems reagiert. Worms: „Anstatt geschlossenen und schnell dieses so drängende und zentrale Problem unseres Landes anzupacken, reagiert die Landesregierung halbherzig und zögerlich.“

Der von der Landesregierung vorgelegte sogenannte Handlungskatalog bestehe aus vagen und unklaren Ankündigungen, dazu häufig noch ohne konkrete Zahlen und Terminvorgaben, kritisierte Worms weiter. „Wenn Zahlen bei durchaus sinnvollen und stets von der Union geforderten Maßnahmen genannt worden sind, erweisen sie sich als völlig unzureichend. Wir haben circa 20 000 drogenabhängige Personen in NRW, und für die sollen jetzt statt 411 Therapieplätze irgendwann einmal 600 ausreichen? Uns fehlen heute schon 7 000 Polizisten in NRW, und da sollen jetzt 250 Polizisten mehr im Jahr 1991 für die Bekämpfung der Drogenkriminalität Abhilfe schaffen? Klotzen, nicht kleckern ist gefragt“, so Worms. Als besonders problematisch wertete der CDU-Fraktionschef die Tatsache, daß mit der vollen Umsetzung der ohnehin dürrtigen Maßnahmen erst ab 1991 begonnen werden könne. „Die Landesregierung verfährt leider nach der Devise: Reden statt handeln.“

Dies sei um so unglaublicher, da die SPD gerade in den laufenden Haushaltsberatungen Anträge der CDU abgelehnt habe, die Mittel für die Drogenbekämpfung um 13 Millionen Mark zu erhöhen. Worms: „Statt dessen präsentiert sie uns für 1991 Vorstellungen, für die noch nicht einmal zehn Millionen Mark aufgebracht werden müssen.“

Wenn Sozialminister Heinemann zudem das Gespenst der Armut des Landes NRW an die Wand male, daß man aufgrund der Steuergesetzgebung vielleicht bald kein Geld mehr zur Drogenbekämpfung habe, kenne er entweder die neueste Steuerschätzung seines Finanzministers nicht – Mehreinnahmen gegenüber 1988 von 4,7 Milliarden Mark – oder wolle von den eigenen Versäumnissen ablenken.

★

„Sehr verwundert“ hat die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion NRW, Christa Thoben, auf die Kritik des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, zur Vergabe der Mobilfunk-Lizenz für das digitale D2-Netz an die Mannesmanngruppe im „Handelsblatt“ vom 8. Dezember 1988 reagiert. „Es ist schon erstaunlich, daß Herr Roth eine Entscheidung von Bundespostminister Schwarz-Schilling kritisiert, für die sein Parteifreund Johannes Rau in einem Brief an Bundeskanzler Kohl vom 28. November 1989 vehement geworben hat. Hoffentlich ruft Herr Rau seinen Bonner Parteifreund zur Ordnung und beseitigt das wirtschaftspolitische Chaos, das in dieser Frage anscheinend in der SPD herrscht“, meinte Frau Thoben. „Die Entscheidung für Mannesmann ist eine Entscheidung für NRW und das Ruhrgebiet. Durch die Beteiligung der Volks- und Raiffeisenbanken und der zwei Zentralverbände des Deutschen Handwerks ist zudem ein starkes mittelständisches Element gegeben“, so Frau Thoben weiter.

F.D.P.-Fraktion

Strukturelle Verbesserungen für Forschung und Lehre

Die Entwicklung im Hochschulbereich stellt eine große Herausforderung für die Bildungs- und Forschungspolitik Nordrhein-Westfalens dar. Entgegen den bisherigen Erwartungen wird die Studentenzahl in den kommenden 20 Jahren bundesweit voraussichtlich nicht unter die Millionen-Grenze absinken und im Durchschnitt bei 1,25 Millionen liegen. Damit wird die jahrelang als Überlast bezeichnete Lage an den Hochschulen zur Normalität. Die mit der Erwartung zurückgehender Studentenzahlen verbundenen finanziellen Einschränkungen sind angesichts der veränderten Bedingungen nicht länger zu verantworten.

Die F.D.P. begrüßt in diesem Zusammenhang, daß durch die Anstöße von Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann auch in NRW schnelle Hilfe für besonders belastete Fachbereiche (ab 1989 Bundesanteil jährlich 300 Millionen Mark) geleistet werden kann und die Mittel für den Hochschulbau nach einer Milliarde Erhöhung im vergangenen Jahr 1990 um weitere 1,1 Millionen Mark aufgestockt werden. Auch der studentische Wohnungsbau wird 1990 durch die Unterstützung der Bundesregierung kräftig angekurbelt.

Damit will sich die F.D.P. aber nicht zufriedengeben. Zur langfristigen Sicherung des Lehr- und Forschungsauftrages der Hochschulen schlägt sie ergänzende Vereinbarungen des Landes mit dem Bund vor mit dem Ziel,

- den notwendigen Ausbau der Fachhochschulen um 50 000 Studienplätze vorzunehmen,
- die Möglichkeiten anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen zu verbessern,
- den wissenschaftlichen Nachwuchs besser zu fördern,
- außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärker zu unterstützen und
- die Chancen von Frauen in wissenschaftlichen Berufen zu steigern.

Dafür ist es nach Auffassung der F.D.P. erforderlich, den Hochschulhaushalt spürbar real über die allgemeine Zuwachsrate im Landshaushalt zu erhöhen. Hier weist die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung noch ein großes Manko auf.

Steigerungsraten 1991: 2,3 Prozent
Gesamthaushalt: 1992: 2,2 Prozent
1993: 3,0 Prozent

Steigerungsraten 1991: 1,37 Prozent
Wissenschaft 1992: 1,46 Prozent
und Forschung: 1993: 0,5 Prozent

Dieser Trend muß umgekehrt werden! In NRW müssen endlich wieder erträgliche Studien- und Lehrbedingungen und akzeptable Betreuungsverhältnisse (Hochschullehrer:Studenten) einkehren! Die Landesregierung sollte die großen Chancen, die sich auf dem Bildungsgipfel am 21. Dezember 1989 in Bonn bieten, nutzen, statt das Verhältnis zwischen Bund und Land aus persönlichen Eifersüchteleien heraus zu belasten.

Innenminister Schnoor: Düsseldorf verzichtet nicht auf Mieten für Kiefernstraße

Nach Auffassung von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) gibt es derzeit keine Anhaltspunkte dafür, daß die Stadt Düsseldorf unrechtmäßig auf die Erhebung von Mieten für die Kiefernstraße verzichtet.

In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Heinz Lanfermann weist der Minister darauf hin, nach den abgeschlossenen Mietverträgen sei die Erstellung sogenannter Begehungsprotokolle Voraussetzung für den Beginn der Mietzahlungen. Die Stadt Düsseldorf habe zwischenzeitlich den Auftrag für die Erstellung von Begehungsprotokollen vergeben. Die Kosten für diesen Auftrag beliefen sich auf 99 750 Mark. Soweit Begehungsprotokolle schon vorlägen, würden die Mieten pünktlich geleistet. Nach den Erfahrungen mit der Begleitung der Energiekostenrechnungen gehe Düsseldorf davon aus, daß es auch bei den Mietzahlungen zu keinen nennenswerten Problemen kommen werde.

Schnoor sieht keine Anhaltspunkte dafür, daß die Stadt Mieter vergleichbaren städtischen Wohnraums ungleich behandle.

Der Abgeordnete Lanfermann hatte darauf hingewiesen, daß nach Presseberichten die „ehemaligen“ Hausbesitzer der Kiefernstraße in Düsseldorf immer noch keine Miete zahlten, obwohl die Mietverträge mit der Stadt bereits vor zehn Monaten abgeschlossen worden seien. Laut Lanfermann soll es angeblich daran liegen, daß die „ehemaligen“ Hausbesitzer keine Bediensteten der Stadt zur Begehung der Wohnungen akzeptierten, die den Renovierungsbedarf als Mietvoraussetzung feststellen sollten. Akzeptiert würde nur die „Planergruppe Oberhausen“, deren Inanspruchnahme 160 000 Mark kosten solle.

Anton Volmert, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter aus Warburg, ist im Alter von fast 80 Jahren gestorben. Der Landwirt Volmert gehörte dem Landesparlament von 1947 bis zum Ende der sechsten Wahlperiode an. 1970 schied er aus. Der in Ossendorf gebürtige Volmert war ferner von 1956 an mit Unterbrechungen CDU-Kreisvorsitzender und Mitglied des damaligen Kreises Warburg, der später im Kreis Höxter aufgegangen ist.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Willi Pohlmann (SPD)

Viermal hat er den Wahlkreis 128, Herne 1, für seine Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, mit klaren Mehrheiten gewonnen, zum fünften Gang, der Landtagswahl am 13. Mai kommenden Jahres, wird er nicht mehr antreten: Willi Pohlmann. Den Entschluß zum Verzicht auf die Kandidatur zum Landesparlament hat er aus freien Stücken getroffen, niemand hat den 61jährigen drängen müssen, seinen Platz freizumachen. Drängen, so sagen Sozialdemokraten, die sich in ihrer Partei auskennen, hätte auch kaum Erfolg gebracht.

Daß es so ist, wie diese altgedienten Genossen sagen, leuchtet ein: Niemand ist in Herne und im SPD-Unterbezirk Herne so bekannt und beliebt wie Willi Pohlmann. Diese Popularität hat den Mann in das Amt des Oberbürgermeisters seiner Heimatstadt und in den Vorsitz des SPD-Unterbezirks getragen. Um zu werden, was er geworden ist, hat er keine „Seilschaften“ zusammenstellen und keine „Gegengeschäfte“ verabreden müssen. Sein Sinn für das Machbare in der Politik, seine Menschlichkeit und Verlässlichkeit, sein Fleiß und sein Arbeitsstil haben dazu geführt, daß er immer von anderen gefragt worden ist, ob er dieses und jenes „denn machen wolle“. Und ehe Pohlmann sich entschied, tat er nach eigenem Bekunden etwas, was heute geradezu verpönt ist: Er holte sich Rat von alten, erfahrenen und kenntnisreichen Parteifreunden. Das Beispiel Pohlmann zeigt, daß so etwas nicht von vornherein falsch ist, sondern vorzeigbare Ergebnisse bringt.

Der Lebens- und Karriereweg Willi Pohlmanns ist bezeichnend für den heute altmodisch gewordenen Typ eines gestandenen Sozialdemokraten von der Ruhr. Als jüngstes von acht Kindern einer Bergmanns-Familie am 8. März 1928 in Herne geboren, verlor er früh den an Staublunge erkrankten Vater; ein 20 Jahre älterer Bruder, der sich vor den Nazis aus Herne „abgesetzt“ hatte und erst nach Kriegsende zurückgekommen war, weckte in ihm das Interesse für die Politik. So ist der Eintritt des erst 18jährigen 1946 in SPD und Gewerkschaft fast zwangsläufig. Von einer „Karriere“ bei der SPD-Jugendorganisation „Falken“ oder in der Gewerkschaftsjugend träumte der junge Willi Pohlmann aber nicht. Ausgebildet als Stahlbauschlosser, wechselte er 1949 als Hauer-Lehrling in den „Pütt“. Seiner Mutter, die das überhaupt nicht gern sah, mußte er versprechen: Ich komme da wieder raus. 1953, die Nachkriegsverhältnisse hatten sich auch an der Ruhr gebessert, war es so weit. Eine Bewerbung bei der Berufsfeuerwehr der Stadt Herne war erfolgreich. Als ausgebildeter Stahlbauschlosser erfüllte er die Einstellungsbedingungen. Wenn andere in der Feuerwache Dauerskat droschen, büffelte Willi

Pohlmann manche Stunde in Fernlehrbüchern, um als Volksschüler die fehlenden Chemie-Kenntnisse zu erwerben. Kenntnisse in Chemie und in vielen anderen Disziplinen brauchte er, um Aufstiegsprüfungen zu bestehen. 1968 war er am Ziel und hatte die Prüfung für den „gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst“ mit Erfolg hinter sich.

Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits neun Jahre „Dienst“ als stellvertretender Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Herne hinter ihm. Die weiteren Stationen sind schnell aufgezählt: 1970 erster Einzug in das Landesparlament, 1971 Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Herne, 1974 Vorsitzender des Unterbezirks Herne der SPD, 1975 und 1980 Wiederwahl in den Landtag, 1984 Oberbürgermeister von Herne, 1985 erneut Wahl in das Landesparlament, 1989 wieder OB. Und dieses Oberbürgermeisteramt will Pohlmann, wenn die Gesundheit mitspielt, voll ausfüllen. „Es macht mir Freude“, so bekennt er, „dem Bürger unmittelbar helfen zu können bei der praktischen Lösung der Probleme.“ Im übrigen will der Mann, dem Arroganz und Eitelkeit so ganz fremd sind, mehr Zeit für die Familie haben, für Frau, Kinder und Enkelkinder. „Wenn man selbst aus einer großen Familie kommt, dann schätzt man die Geborgenheit, die nur eine intakte Familie vermitteln kann, ganz besonders.“ So ist es ganz selbstverständlich, daß an Fest- und Feiertagen das Haus Pohlmann für alle Familienmitglieder offen ist. „Mir würde etwas fehlen, wenn die nicht kämen.“

Für das Landesparlament ist Pohlmanns Ausscheiden sicherlich ein Verlust. Nicht nur, daß ein weiteres politisches Naturtalent fehlen wird; auch seine in langen Jahren gewachsene Erfahrung und der Durchblick werden vermißt werden. Schließlich gehörte der Sozialdemokrat aus dem Revier als Vorsitzender des Innenausschusses und als stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuß zu den „Weichenstellern“, geachtet auch wegen Fairneß und Verlässlichkeit. Sein Banknachbar im Plenum ist Diether Posser. „Solche Männer hinterlassen Lücken.“ Dieses Urteil stammt übrigens nicht von einem Sozial-, sondern von einem Christdemokraten.

Karl Lohaus

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 1. Jan. bis 28. Jan. 1990

6. 1. **Wolfgang Jaeger** (CDU), 55 J.
7. 1. **Willi Wessel** (SPD), 53 J.
13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 58 J.
13. 1. **Robert Schumacher** (SPD), 54 J.
13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 50 J.
13. 1. **Anne Garbe** (SPD), 45 J.
15. 1. **Kurt Krebs** (CDU), 45 J.
16. 1. **Dr. h. c. Johannes Rau** (SPD), 59 J.
16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 58 J.
17. 1. **Helmut Elfring** (CDU), 57 J.
19. 1. **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU), 50 J.
19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 49 J.
20. 1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 37 J.
26. 1. **Stefan Frechen** (SPD), 54 J.
28. 1. **Karl Schultheis** (SPD), 37 J.
28. 1. **Franz Skorzak** (CDU), 61 J.

★

Friedrich Hofmann (SPD) ist vom Landtag einstimmig zum ordentlichen Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß III gewählt worden. Zum stellvertretenden Mitglied wählte das Parlament den SPD-Abgeordneten **Günter Spangenberg**. Die Wahl wurde erforderlich, weil der SPD-Abgeordnete **Jürgen Guttenberger** mit Wirkung vom 7. November 1989 aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich mit der Geiselnahme in Gladbeck befaßt, ausgeschieden ist.

★

Jürgen Jentsch (SPD), Abgeordneter aus Gütersloh, ist zum neuen Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Aktion Jugendschutz (AJS) gewählt worden. Der neue Vorsitzende will den Jugendschutz im Bereich der Suchtvorbeugung weiter ausbauen.

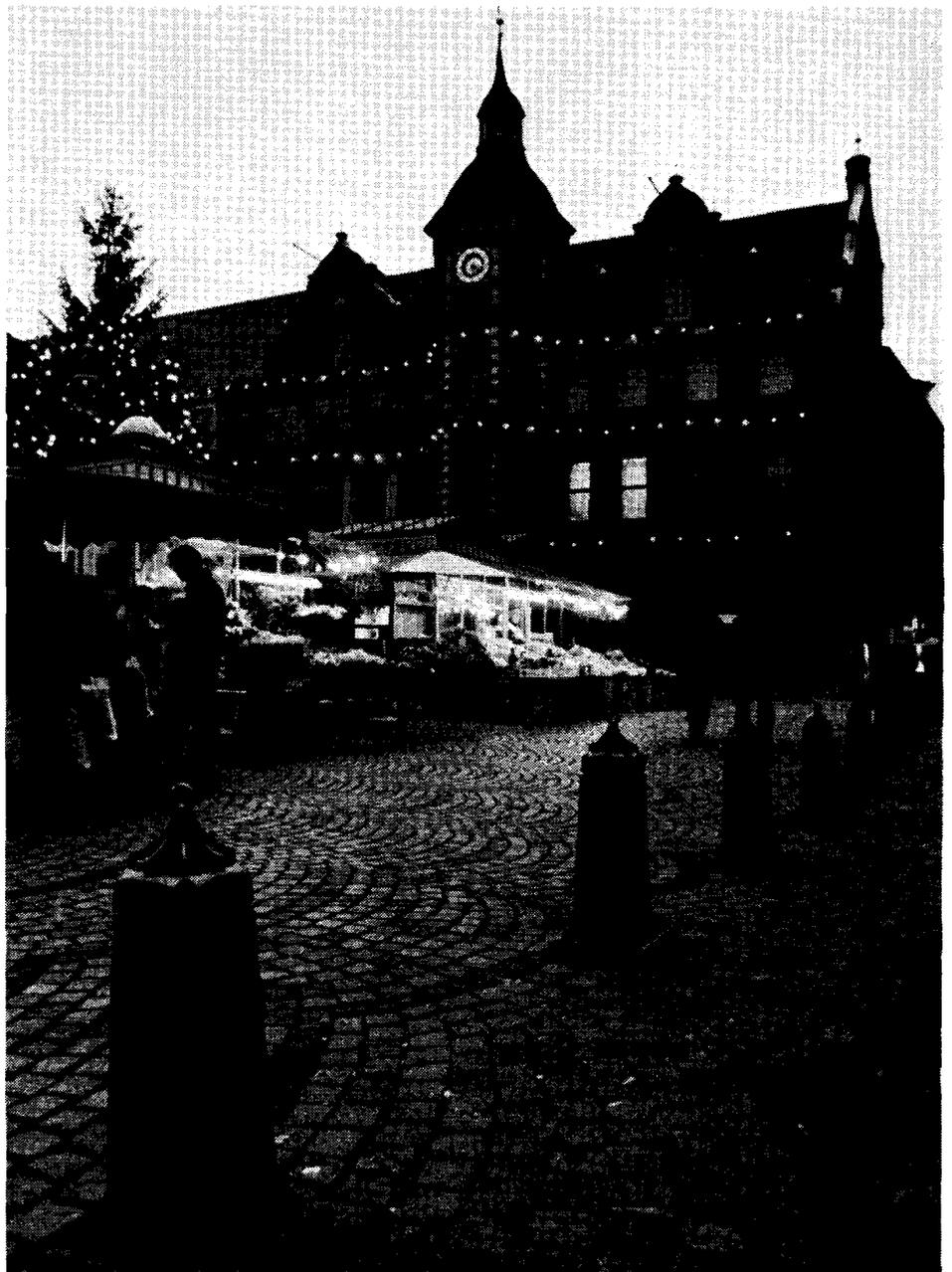
★

Dr. Reinald Eichholz, erster Kinderbeauftragter des Landes und Ministerialrat im nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministerium, hat seit seiner Berufung am Weltkindertag im September des Jahres viele Anfragen von Eltern und Kindern erhalten. So wurde er mit einer Reihe von Kinderanliegen konfrontiert, die auf kommunaler Ebene nicht lösbar schienen. Der Kinderbeauftragte verglich seine Bemühungen mit denen des Petitionsausschusses des Landtags. Gegenüber „Landtag intern“ wies Eichholz jedoch darauf hin, daß sich seine „Anwaltsfunktion für Kinder“ nicht nur in der Tätigkeit eines Ombudsmannes erschöpfe. Für ebenso wichtig erachtete er seine Mitarbeit innerhalb einer von der Landesregierung eingesetzten Projektgruppe, die seit Ende November „Signale“ für Kinder in der Politik setzen will. Als Kinderbeauftragter bringt Eichholz übrigens praktische Erfahrung mit: Er ist Vater von fünf Kindern.

★

Friedhelm van den Mond (SPD), Oberbürgermeister von Oberhausen, ist zum neuen Vorsitzenden der Verbandsversammlung des Kommunalverbands Ruhrgebiet (KVR) gewählt worden. Auf der konstituierenden Sitzung in Essen erhielt van den Mond 38 von 42 Stimmen. Die SPD hat 29, die CDU 13 Sitze und die F.D.P. ein Mandat. Van den Mond tritt die Nachfolge des früheren Gelsenkirchener Oberbürgermeisters und ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten **Werner Kuhlmann** an.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachten 1989 steht im Zeichen der Hoffnung: auf Wandel, auf friedliche Annäherung, auf Abbau der militärischen Präsenz in West und Ost. Es ist eine politische Hoffnung; die Schwerpunktdebatten, die Diskussionen im Hauptausschuß wie auch in anderen Ausschüssen des Landtags in den vergangenen Tagen und Wochen haben das deutlich gemacht. Es ist aber auch eine Hoffnung der Menschen, eine elementare Hoffnung auf Humanität in allen täglichen und nicht alltäglichen Bereichen des Zusammenlebens. Wer gläubig ist, dem weist noch heute jenes Kind den Weg, das vor fast 2 000 Jahren in einem Stall in Bethlehem zur Welt kam und für die Glaubens-, Geistes- und Kulturgeschichte der abendländischen Welt so bestimmend wurde: als Erlöser, wie die nach ihm benannten Christen sagen, als Hoffnungsträger, wie es im modernen säkularen Sprachgebrauch heißt. Weihnachten ist noch immer das Fest der Geburt Christi, seit dem Jahre 354 auf den 25. Dezember eines jeden Jahres fallend. Unverkennbar ist heute, daß Weihnachten in der bundesdeutschen Wirklichkeit auch einen wirtschaftlichen Faktor darstellt. Darüber sollte nicht vergessen werden, daß das Christfest für viele Menschen noch immer eine Chance zur Besinnung und eine Gelegenheit zum Gespräch sein kann, auch mit Besuchern und Übersiedlern aus der DDR. Das Bild zeigt den weihnachtlichen Markt vor dem Düsseldorfer Rathaus.

Foto: Schüler